

1987 – Überlegungen für ein gemeinsames europäisches Haus und weltweite Abrüstung*

von Michail Gorbatschow (1931–2022)

Meine erste Auslandsreise als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU führte mich im Oktober 1985 nach Frankreich. Ungefähr ein Jahr zuvor, im Dezember 1984, hatte ich an der Spitze einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR Grossbritannien besucht. Diese beiden Reisen waren für mich Anlass, über die Rolle und die Stellung Europas in der Welt nachzudenken.

François Mitterrand sprach aus, was mir damals als Idee wichtig erschien. «Weshalb», so fragte er, «sollten wir nicht die Möglichkeit einer schrittweisen Annäherung an eine umfassendere europäische Politik in Betracht ziehen?» – Ein Jahr später erklärte er in Moskau: «Es ist notwendig, dass Europa erneut zum Handlungsträger seiner eigenen Geschichte wird, um somit in vollem Umfang seiner Rolle als Gleichgewichts- und Stabilitätsfaktor in internationalen Angelegenheiten gerecht werden zu können.» Meine Überlegungen zielten in dieselbe Richtung.

«Einige Leute im Westen versuchen, die Sowjetunion aus Europa auszuschliessen»

Einige Leute im Westen versuchen, die Sowjetunion aus Europa «auszuschliessen». Von Zeit zu Zeit setzen sie wie aus Versehen «Europa» mit «Westeuropa» gleich.

* Auszug aus: Gorbatschow, Michail. *Perestroika. Die zweite russische Revolution*. München 1987

Solche Tricks können jedoch die geographischen und historischen Gegebenheiten nicht verändern. Russlands Handel, seine kulturellen und politischen Beziehungen zu anderen europäischen Nationen und Staaten sind tief in der Geschichte verwurzelt. Wir sind Europäer. Das alte Russland war durch das Christentum mit Europa verbunden, und die Tausendjahrfeier der Christianisierung unserer Vorfahren wird 1988 kennzeichnen. Die Geschichte Russlands ist ein elementarer Bestandteil der grossen Geschichte Europas.

Unsere gemeinsame europäische Geschichte ist kompliziert und lehrreich, grossartig und tragisch zugleich. Schon seit langer Zeit sind Kriege in der Geschichte Europas die wichtigsten Meilensteine. Im 20. Jahrhundert war unser Kontinent Schauplatz zweier Weltkriege – der zerstörerischsten und blutigsten seit Menschengedenken. Unser Volk hat auf dem Altar des Befreiungskampfes gegen Hitlers Faschismus die grössten Opfer gebracht. Mehr als 20 Millionen Sowjetbürger mussten in diesem furchtbaren Krieg ihr Leben lassen. [...]

«Europa ist unser gemeinsames Haus»

Europa ist unser gemeinsames Haus – diese Metapher fiel mir während einer Unterredung ein. Obgleich ich sie scheinbar ganz beiläufig aussprach, hatte ich schon lange nach so einer Formulierung gesucht. Sie kam mir nicht urplötzlich in den Sinn, sondern war die Frucht

langen Nachdenkens und vor allem mancher Treffen mit vielen europäischen Regierungschefs.

Unser Kontinent hat an Kriegen und Tränen mehr als genug gehabt. Als ich die Geschichte dieser schwer geprüften Länder an mir vorüberziehen liess und über die gemeinsamen Wurzeln dieser so vielgestaltigen, doch im wesentlichen gemeinsamen europäischen Kultur nachdachte, wurden mir in zunehmendem Masse die Künstlichkeit, die zeitliche Begrenztheit der gegenwärtigen Konfrontation der Blöcke mit der veralteten Vorstellung vom «Eisernen Vorhang» bewusst.

Europa ist in der Tat ein gemeinsames Haus, da Geographie und Geschichte die Geschichte von Dutzenden von Ländern und Völkern eng miteinander verwoben haben. Natürlich hat jedes Land seine eigenen Probleme, möchte seine Eigenständigkeit bewahren und seinen eigenen Traditionen folgen. Deshalb könnte man sagen: Das Haus ist ein gemeinsames, aber jede Familie hat darin ihre eigene Wohnung, und es gibt auch verschiedene Eingänge. Doch nur gemeinsam, nach den vernünftigen Regeln der Koexistenz, können die Europäer ihr Haus erhalten, es vor Feuersbrunst und anderen Katastrophen schützen, es besser und sicherer machen.

«Vom Atlantik bis zum Ural» ist Europa ein kulturhistorisches Ganzes, vereint durch das gemeinsame Erbe der Renaissance und der Aufklärung sowie der grossen philoso-

Michail Gorbatschow Perestroika Die zweite russische Revolution



Eine neue Politik für Europa und die Welt

phischen und sozialen Lehren des 19. und 20. Jahrhunderts. Dies sind starke Magnete, die den Politikern bei ihrer Suche nach Wegen zu gegenseitiger Verständigung und Kooperation eine Hilfe sind.

Ich bin froh, dass die Idee von einem gemeinsamen europäischen Haus bei prominenten Persönlichkeiten der Politik nicht nur im Osten, sondern auch im Westen auf Verständnis stösst. So hat der bundesdeutsche Aussenminister
Fortsetzung auf Seite 2

Michail Gorbatschow vor 35 Jahren – auch heute aktuell und zukunftsweisend

von Karl-Jürgen Müller

«Ich verneige mich vor einem grossen Staatsmann. Deutschland bleibt ihm verbunden, in Dankbarkeit für seinen entscheidenden Beitrag zur deutschen Einheit, in Respekt für seinen Mut zur demokratischen Öffnung und zum Brückenschlag zwischen Ost und West und in Erinnerung an seine grosse Vision von einem gemeinsamen und friedlichen Haus Europa.» So schrieb der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 30. August 2022 anlässlich des Todes von Michail Gorbatschow, des ehemaligen Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und Präsidenten des Landes. Steinmeier trug damit dem hohen Ansehen Rechnung, das Gorbatschow in der Erinnerung vieler Deutscher nach wie vor geniesst.

Aber sehr wahrscheinlich hat es der Bundespräsident selbst mit seinen Worten nicht wirklich ernst gemeint. Denn seine weiteren «Beileidsworte» waren keine Würdigung mehr, sondern eine Instrumentalisierung des Todes von Gorbatschow für einen Hieb gegen das heutige Russland: «Wer ihn in den letzten Jahren erlebt hat, konnte spüren, wie sehr er daran litt, dass dieser Traum in immer weitere Ferne rückte. Heute liegt der Traum in Trümmern, zerstört durch den brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine.»

In Tat und Wahrheit war Gorbatschows Vision eines «gemeinsamen europäischen Hauses» – bis auf wenige Episoden – von EU-europäischer, von deutscher Seite niemals ernsthaft und nachhaltig aufgegriffen worden. Anders als die Worte des deutschen Bundespräsidenten Glauben machen könnten, hat EU-Europa, hat Deutschland in den vergangenen 30 Jah-

ren kräftig mit dazu beigetragen, dass Gorbatschows «Traum» nicht erst seit Februar 2022 in Trümmern liegt. Die Unterordnung EU-Europas und Deutschlands unter die Vereinigten Staaten und deren Pläne für eine unipolare Welt mit US-amerikanischer Vorherrschaft haben diesen «Traum» schon viel früher zur Makulatur werden lassen.

Der hier abgedruckte Text von Michail Gorbatschow ist 35 Jahre alt. Heute erscheint er wie ein Dokument aus einer lang vergangenen Zeit. Dabei ist er auch heute wieder, 35 Jahre später, aktuell und zukunftsweisend. Er erinnert daran, was von russischer Seite her 35 Jahre lang möglich gewesen wäre – wenn Europa, wenn Deutschland einen eigenständigen Weg in der Weltpolitik gesucht und gefunden hätte.

Gorbatschows Text ist aber nicht nur als Erinnerung an mehr als 30 Jahre verfehlter EU-europäischer und deutscher Aussenpolitik wichtig. Dieser Text formuliert auch zentrale Aufgaben Europas für die Zeit nach dem jetzigen Krieg und der erneuten Spaltung des Kontinents. *Nach Trümmern muss es auch einen Wiederaufbau geben.* Das betrifft vor allem die Beziehungen Europas und Deutschlands zu Russland. Die Worte Gorbatschows hierzu könnten auch heute ausgesprochen werden. Und die Frage stellt sich wirklich: Warum hält EU-Europa, hält Deutschland fanatischer als je zuvor an seiner selbstzerstörerischen Politik gegen Russland fest, an einer Politik sich immer weiter radikalisierender Konfrontation und Kriegspropaganda? Eine Politik, die gegenwärtig alle Türen zum Frieden in Europa zuschlägt.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Hungertod-Entscheidung des *Deutschen Bundestages* vom 30. November 2022. Nicht nur, weil der *Deutsche Bundestag* mit der Mehrheit von *CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen* diesem Entschlussantrag zugestimmt und auf sachlich fragwürdige Art und Weise in die Aufgaben der Wissenschaften eingegriffen hat: Das Parlament hat den – auch von der damaligen sowjetischen Politik zu verantwortenden – Hungertod von ein paar Millionen Menschen in der gesamten Sowjetunion in den Jahren 1931–1933 als gezielten Völkermord an den Ukrainern gedeutet. – Sondern vor allem, weil dieser Entschlussantrag erneut ausdrücklich gegen das heutige Russland gerichtet ist und der aus den USA kommenden Propagandaformel folgt (*Anne Applebaum, Timothy Snyder* und andere), *Stalin* und den heutigen russischen Präsidenten *Putin* gleichzusetzen.

Wo sind die gewichtigen Stimmen aus EU-Europa, aus Deutschland, die sich dafür einsetzen, den Krieg in der Ukraine zu beenden? Und zwar nicht mit immer mehr Eskalation, nicht mit immer mehr Waffenlieferungen und direkter Kriegsbeteiligung, nicht mit einem Krieg «bis zum letzten Ukrainer», sondern mit der Forderung nach ernsthaften Friedensverhandlungen, die von der Achtung vor dem Willen und dem Leiden der betroffenen Menschen in der Ukraine und in Russland sowie der berechtigten Sicherheitsinteressen aller am Konflikt beteiligten Staaten getragen sind!

Es gibt ein paar wenige Ausnahmen. Eine davon ist der ehemalige Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr und

hochrangige Nato-General *Harald Kujat*. Er hat in den vergangenen Monaten immer wieder die Nato-Propaganda über den Kriegsverlauf in der Ukraine entlarvt und nach ernsthaften Friedensverhandlungen gerufen, so erneut in einem Interview mit dem Fernsehsender *n-tv* (siehe Kasten Seite 2).¹

In der nach wie vor formal gültigen *Charta von Paris* vom November 1990, die alle KSZE-Staaten, also auch EU-Europa, die damalige Sowjetunion und die USA, unterzeichnet haben, heisst es: «Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. [...] Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.» Das ist mehr als nur ein «Traum», das ist eine Verpflichtung, die auch künftig gilt. Diese Pflicht schliesst die Aufgabe ganz Europas – und dazu gehört auch Russland – mit ein, die erneute Spaltung Europas, die die USA spätestens seit den Jugoslawien-Kriegen der neunziger Jahre aktiv betrieben haben², nicht das letzte Wort sein zu lassen.

¹ <https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Alte-Sowjet-Systeme-im-Einsatz-Haelt-Russland-strategisches-Potenzial-zurueck-article23748244.html> vom 28.11.2022

² vgl. den Brief des damaligen Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Willy Wimmer, an Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 2.5.2000; <https://www.perseus.ch/PDF-Dateien/bracher-wimmer.pdf>

«1987 - Überlegungen für ein ...»

Fortsetzung von Seite 1

ster *Genscher* die Bereitschaft signalisiert, «die Konzeption eines gemeinsamen europäischen Hauses zu akzeptieren und mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, um Europa tatsächlich zu einem gemeinsamen Haus zu machen». Der deutsche Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, der italienische Aussenminister *Giulio Andreotti* und andere haben sich mir gegenüber in ähnlicher Weise geäußert. [...]

«Die Geschichte verlangt von uns, dass wir korrekt miteinander umgehen»

Die Geschichte verlangt von uns, dass wir korrekt miteinander umgehen. Stabile Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR wären in der Tat von historischer Bedeutung. Auch wenn die beiden deutschen Staaten innerhalb ihrer Systeme und ihrer Bündnisse ihre eigene Identität bewahren, so können sie doch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung Europas und der Welt spielen. Die Sowjetunion ist an der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Wenn die BRD nicht gefestigt wäre, könnte es keine Hoffnung auf Stabilität für Europa, und somit für die ganze Welt, geben. Umgekehrt würden gefestigte Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR die Lage Europas spürbar verbessern.

Bei Gesprächen mit ausländischen Regierungschefs frage ich manchmal ganz direkt: «Glauben Sie, dass die Sowjetunion beabsichtigt, Ihr Land und ganz Westeuropa anzugreifen?» Fast alle antworten dann: «Nein, das glauben wir nicht.» Aber einige äussern sofort Bedenken und behaupten, die blossе Tatsache der enormen militärischen Stärke der UdSSR schaffe eine potentielle Bedrohung.

Man kann derartige Argumente durchaus verstehen. Doch es ist höchste Zeit, mit den Lügen über die Aggressivität der Sowjetunion Schluss zu machen. Unser Land wird niemals, unter welchen Umständen auch immer, militärisch gegen Westeuropa vorgehen, es sei denn, wir und unsere Verbündeten werden von der Nato angegriffen.

Im Westen spricht man von Ungleichheit und Ungleichgewicht. Es stimmt, in einigen Bereichen der Rüstung und der Streitkräfte herrschen auf beiden Seiten Europas Ungleichgewicht und Asymmetrie, bedingt durch historische, geographische und andere Umstände. Wir sind dafür, solche Ungleichheiten zu beseitigen, aber nicht, indem diejenigen, die hinter den anderen zurück sind, aufrüsten, sondern indem diejenigen, die einen Vorsprung haben, ihr Potential abbauen.

Auf diesem Gebiet gibt es eine Menge spezifischer Probleme, die darauf warten, gelöst

Kein einziger deutscher Politiker nahm an *Gorbatschows* Beerdigung in Moskau am 3. September teil. Gorbatschow, der Architekt der Öffnung der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung, hat offenbar nicht einmal eine solche Geste verdient.

Die Teilnahme an der Beerdigung hätte daran erinnert, dass die beiden Länder vor nicht allzu langer Zeit über Angelegenheiten verhandelt hatten, die von grosser Bedeutung für den Kontinent waren. Sie wäre auch ein Zeichen an diejenigen Teile der russischen Gesellschaft gewesen, die von der EU mit Sanktionen, Visa-beschränkungen, kultureller Zensur und Besuchsverboten kollektiv für das Vorgehen ihrer Regierung bestraft werden. Dies ist der endgültige Beweis dafür, dass Deutschland auf jegliche Diplomatie verzichtet.

* *Rafael Poch-de-Feliu* war jahrzehntelang als Auslandskorrespondent für die spanische Zeitung «La Vanguardia» tätig, von 1988 bis 2002 in Moskau, von 2002 bis 2008 in Peking und anschliessend in Berlin und Paris. Er ist Autor mehrerer Bücher zur politischen Entwicklung in Russland, China und Deutschland.

zu werden: der Abbau und schliesslich die Beseitigung der taktischen Atomwaffen, verbunden mit einem drastischen Abbau aller Streitkräfte und der konventionellen Waffen, der Rückzug von Angriffswaffen, um die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs auszuschalten, eine Veränderung in der Gesamtstruktur der Streitkräfte mit dem Zweck, den Armeen ausschliesslich Verteidigungscharakter zu verleihen.

Die Rüstung reduzieren

Wir glauben, dass die Rüstung auf ein vernünftiges, das heisst, auf ein für Verteidigungszwecke notwendiges Mass reduziert werden sollte. Es ist an der Zeit, dass die beiden militärischen Bündnisse ihre strategischen Konzepte ändern, um sie mehr auf die Ziele der Verteidigung auszurichten. Jede Wohnung innerhalb des europäischen Hauses hat das Recht, sich vor Einbrechern zu schützen, doch dabei darf das Eigentum des Nachbarn nicht angetastet werden.

Wir können erste Anzeichen dafür erkennen, dass sich in Westeuropa eine neue Perspektive in der Betrachtung internationaler Angelegenheiten entwickelt. Auch in Regierungskreisen verändert sich das Denken. Viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien sind dabei, neue Standpunkte zur

Deutschlands Geschichtsvergessenheit

von Rafael Poch, Barcelona*

Die ehemalige Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, die routinierte Verwalterin des Geschehens und von den Medien zur grossen staatsmännischen Politikerin Europas hochstilisiert, berief sich auf ein «Knieproblem», um nicht erscheinen zu müssen. Die anderen haben nicht einmal eine Entschuldigung vorgebracht. Wirklich ein Armutszeugnis und eine nationale Schande. Ohne Gorbatschow wären wir vielleicht immer noch in der «Bonner Republik», jenem Deutschland, das wir so sehr liebten, dass wir froh waren, dass es sogar zwei davon gab, wie man zu sagen pflegte.

Es ist offensichtlich, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam die Situation in Europa vom Diktat der Vereinigten Staaten wegführen könnten, aber es fehlt der Wille dazu. *Macron* beschränkt sich auf hilfloses Getöse. Ein so angesehener «Europäer» wie *Wolfgang Schäuble*, der «Doktor Strange-love» der Bestrafung Griechenlands, schlägt so weit hergeholt Ideen vor wie die Einbeziehung Polens in die marode deutsch-französische Kommando-Brücke. Die hartnäckigen Bemühungen *Ursula von der Leyens* und

der dummdreisten, kriegswütigen und arroganten Aussenministerin *Annalena Baerbock*, Waffen und noch mehr Waffen an das ukrainische Regime zu liefern, um den Krieg und damit das Leiden der Zivilbevölkerung in der Ukraine, in Russland und in Europa selbst bis in alle Ewigkeit fortzuführen, verlangen nach einem Besuch bei einem Psychoanalytiker. [...]

Ist in der Russophobie der deutschen Medien und der politischen Klasse nach der Wiedervereinigung nicht ein revanchistisches Echo auf die in Stalingrad besiegten Grossväter zu finden? Wie sonst ist die Begeisterung Deutschlands zu erklären, seinen eigenen Interessen zu schaden, und sie den wahnwitzigen Plänen der Vereinigten Staaten unterzuordnen – China, seinem wichtigsten Handelspartner, einen Stoss zu versetzen, indem es den Krieg in der Ukraine vorantreibt? •

Quelle: <https://ctxt.es/es/20220901/Firmas/40818/Rafael-Poch-Gorbachov-Rusia-Ucrania-Estados-Unidos-Jarkov.htm> vom 18.9.2022 (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auszuarbeiten.

Ich habe den Rat der *Sozialistischen Internationalen* unter Leitung von *Kalevi Sorsa* empfangen und mich mit *Willy Brandt*, *Egon Bahr*, *Felipe González* und anderen führenden Sozialdemokraten getroffen. Jedes Mal merken wir, dass unsere Ansichten zu kritischen Fragen der internationalen Sicherheit und der Abrüstung ähnlich oder sogar gleich waren. [...]

Dennoch bin ich der Meinung, dass der Beitrag Europas zu Frieden und Sicherheit viel grösser sein könnte. Vielen westeuropäischen Regierungschefs mangelt es an politischem Willen und vielleicht auch an Möglichkeiten. Es ist bedauerlich, wenn die Regierungen der Nato-Länder, diejenigen eingeschlossen, die sich ausdrücklich von den gefährlichen Extremen der amerikanischen Politik distanzieren, schliesslich dem Druck nachgeben und auf diese Weise Verantwortung mit übernehmen für die Ausweitung des Rüstungswettlaufs und der internationalen Spannungen.

«Manchmal hat man den Eindruck, dass die unabhängige Politik der Staaten Westeuropas «entführt» worden ist»

Es gibt eine alte griechische Sage von der Entführung der Europa. Dieses Thema ist

heute mit einem Mal sehr aktuell geworden. Manchmal hat man den Eindruck, dass die unabhängige Politik der Staaten Westeuropas «entführt» und über den grossen Teich gebracht worden ist; die nationalen Interessen werden verpachtet unter dem Vorwand, damit die Sicherheit zu schützen.

Auch über der europäischen Kultur schwebt eine ernsthafte Gefahr. Diese Bedrohung geht von einer «Massenkultur» aus, die über den Atlantik kommt. [...]

Man kann sich in der Tat nur wundern, dass eine starke, intelligente und von Natur aus humanistische Kultur wie die europäische zurückweicht vor dem primitiven Trübel von Gewalt und Pornographie und der Flut von billigen Gefühlen und niedrigen Gedanken aus Amerika.

Wenn wir auf die Bedeutung einer unabhängigen Haltung Europas hinweisen, wirft man uns häufig vor, wir wollten Westeuropa und die Vereinigten Staaten entzweien. Wir hatten nie diese Absicht. Wir sind weit davon entfernt, die historischen Bindungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu ignorieren oder zu schmälern. Es ist absurd, die europäische Linie der sowjetischen Aussenpolitik als einen Ausdruck von «Anti-Amerikanismus» zu deuten. Natürlich hätten wir es nicht gern, wenn jemand die Türen des europäischen Hauses einträte und in irgendeiner Wohnung am oberen Ende des Tisches Platz nähme. Doch das ist Sache des jeweiligen Wohnungseigentümers. [...]

«Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten beruht auf mindestens zwei Irrtümern»

Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten beruht auf mindestens zwei Irrtümern. Der erste ist die Annahme, dass das wirtschaftliche System der Sowjetunion dabei sei, zusammenzubrechen. Der zweite Irrtum besteht darin, an die westliche Überlegenheit im Bereich der Technik und der Technologie – nicht zuletzt auf militärischem Gebiet – zu glauben. Diese Illusionen bestärken eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, den Sozialismus mit Hilfe des Wettrüstens zu schwächen, um ihn später beherrschen zu können. Das ist der Plan; er ist naiv. Die USA hegen noch immer die Hoffnung, für alle Zeiten die Führungsmacht der ganzen Welt zu sein: eine vergebliche Hoffnung, wie viele amerikanische Wissenschaftler bereits erkannt haben. [...]

Wir wollen, dass im heraufziehenden 21. Jahrhundert überall in der Welt Freiheit herrscht. Wir wollen, dass sich ein friedlicher Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen entfalten kann, dass eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit, nicht Konfrontation und Wettrüsten die Beziehungen der Staaten bestimmen. Wir wollen, dass die Menschen eines jeden Landes Wohlstand, Glück und Zufriedenheit geniessen können.

Der Weg dorthin führt über eine atomwaffenfreie, eine gewaltfreie Welt. Wir haben diesen Weg eingeschlagen, und wir fordern andere Länder und Nationen auf, dasselbe zu tun. •

Was gebietet das Friedensgebot des deutschen Grundgesetzes?

Auszüge aus einem Interview des Fernsehsenders *n-tv* mit *Harald Kujat**

n-tv: Manche Experten erwecken den Eindruck, dass Russland in einer geschwächten Lage sei. Der Verteidigungsminister von Estland hat aber jetzt gesagt, dass sich nach neun Monaten Krieg die Situation für Russland eigentlich gar nicht gross verändert habe und auch die Luftwaffe noch ähnlich gross ist wie vorher. Wie sehen Sie das?

Harald Kujat: Das sehe ich genauso. Russland hat einfach am Anfang über ein sehr grosses Potential verfügt, hat natürlich auch erhebliche Verluste erlitten, aber das, was unsere sogenannten Experten uns erklären, dass Russland sozusagen fast am Ende ist – und jeden Tag wird schon der Sieg der Ukraine gefeiert –, das ist natürlich alles Unsinn. Russland verfügt über ein enormes Potential und hat von diesem Potential immer nur einen bestimmten Prozentsatz in diesem Krieg eingesetzt. Das muss man immer wieder sehen, und ausserdem verfügt Russland personell natürlich über enorme Ressourcen, die es aktivieren kann, aber auch materiell über erhebliche Kapazitäten. [...]

[Glauben] Sie wirklich, dass es jemanden gibt, der mit Russland verhandeln will oder der auch daran glaubt, dass die Russen das, was sie dann vielleicht in solchen Verhandlungen unterschreiben werden, dann auch einhalten?

Wir haben ja ein Beispiel dafür, dass Russland bereit war zu verhandeln, auch

dazu, Zugeständnisse zu machen an die Ukraine. Diese Zugeständnisse gingen sogar so weit, dass Russland bereit war, seine Präsenz in der Ukraine auf den Stand vom 23. Februar [2022] zurückzuziehen. Wir wissen heute, dass diese greifbare Vereinbarung, die im übrigen auf einem Vorschlag der ukrainischen Regierung beruhte, den Russland dann in einen Vertragsentwurf umgearbeitet hat, dass diese Vereinbarung nicht zustande kam, weil hier der Westen, und zwar in der Person des damaligen britischen Premierminister *Johnson*, interveniert hat. Lassen Sie mich vielleicht noch anfügen: Gerade die gegenwärtige Situation ruft ja eigentlich danach, sich wieder an den Verhandlungstisch zu begeben zwischen beiden Seiten. Hier müsste natürlich zunächst von den Vereinigten Staaten Druck auf die Ukraine ausgeübt werden, dass sie tatsächlich diese Bereitschaft erklärt, und der amerikanische Generalstabschef *General Milley* hat ja gerade vor wenigen Tagen mehrfach dazu aufgerufen, diese gegenwärtige militärische Lage, in der die Ukraine keine weiteren Fortschritte erzielen kann, also den Krieg auch nicht gewinnen kann, dazu zu nutzen, diesen Krieg zu beenden. [...]

[Wir] müssen uns langsam klar darüber werden, wo die Grenzen unserer [deutschen] Beteiligung an diesem Konflikt liegen. Unser Grundgesetz enthält schon in der Präambel das Friedensge-

bot für Deutschland. Jede Kriegsbeteiligung oder jede Unterstützung einer Kriegspartei muss immer darauf gerichtet sein, am Ende zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Das ist das Gebot des Grundgesetzes. Ich erwarte deshalb auch von der Bundesregierung, dass sie der Bevölkerung einmal klarmacht, wo die Grenzen dessen liegen, was sie unterstützt und was sie nicht unterstützt [...]. Wie weit wollen wir gehen? Wenn ich beispielsweise höre, dass gesagt wird, wir werden die Ukraine unterstützen, solange es nötig ist. Was heisst das denn? Das heisst doch, dass wir die Entscheidung darüber, wie lange und in welchem Masse wir die Ukraine unterstützen, an die Ukraine abtreten. Ein Teil unserer Staatsgewalt wird auf die Ukraine übertragen. Das kann doch nicht das Ziel deutscher Politik sein, vor allen Dingen nicht im Einklang mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes.

* *Harald Kujat* ist ein deutscher General a. D. der Luftwaffe. Er war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Nato-Militärausschusses.

Quelle: Sprachlich leicht überarbeitetes Transkript der Sendung <https://www.n-tv.de/mediaathek/videos/politik/Alte-Sowjet-Systeme-im-Einsatz-Haelt-Russland-strategisches-Potenzial-zurueck-article23748244.html> vom 28.11.2022

Warum löschen Staaten die Vergangenheit aus?

von Patrick Lawrence



Patrick Lawrence, langjähriger Auslands-korrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein letztes Buch ist «Time No Longer: Americans after the American Century», Yale, 2013. Auf Twitter fand man ihn bei @thefloutist, bis er ohne Begründung zensiert wurde. Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über patreon.com/thefloutist.

Eine kürzliche Meldung der deutschen Nachrichtenagentur dpa lässt mich seither über verschiedene kleine, unbedeutende Dinge nachdenken: Krieg, Nationalismus, Identität, Geschichte, Erinnerung. Es scheint, dass die Leute, welche die deutschen Gräber derjenigen verwalten, die im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die deutsche Armee gefallen sind, beabsichtigen, zwischen den Toten der Roten Armee, die auf deutschen Friedhöfen begraben sind, zu unterscheiden. Sie sollen nicht mehr einfach als «sowjetisch» oder «russisch» bezeichnet werden, wie es bisher der Fall war. Wenn ein Soldat der Roten Armee aus der Ukraine stammte – während des Zweiten Weltkriegs und 46 Jahre lang danach war die Ukraine eine Sowjetrepublik – werden sie nun als «ukrainisch» in den Akten vermerkt.¹ «Wir fangen an zu differenzieren», sagte Christian Lübcke, der Leiter der Hamburger Abteilung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, in einem Interview, das die dpa am 14. November veröffentlichte.

Kriegsopfer der Roten Armee bekommen imaginäre Nationalität

Lassen Sie mich versuchen, das richtig zu verstehen. Soldaten der Roten Armee, die als Sowjetbürger gegen das Dritte Reich gekämpft haben, sollen rückwirkend eine imaginäre Nationalität zugewiesen bekommen, wenn sie aus der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik stammen? Wie soll das denn gehen? Ausser der Deutschen Presseagentur dpa und RT, dem russischen Pendant zur BBC, scheint niemand über die Geschichte berichtet zu haben. Vielleicht hielten die meisten Medien sie für unwichtig. Oder vielleicht wurde eine Entwicklung wie diese, nämlich die Unterscheidung zwischen den Gebeinen von Soldaten und Kriegsgefangenen, die 75 Jahre tot waren, auf der Grundlage einer Unterscheidung, die es bis 1991 nicht gab, in den meisten Redaktionen als zu absurd, zu peinlich empfunden, um darüber zu schreiben.

In seiner Erklärung verwies Lübcke auf den Krieg in der Ukraine und auf eine russische zivilgesellschaftliche Gruppe, das *Unsterbliche Regiment*, das die Soldaten der Roten Armee ehrt, die im Grossen Vaterländischen Krieg, wie die Russen den Zweiten Weltkrieg nennen, gefallen sind. Die Opfer der Sowjetunion beim Sieg über das Nazi-Regime – über 20 Millionen sind umgekommen – sind für die Russen natürlich jedes Jahr am 9. Mai, dem Tag des Sieges, eine wichtige Sache. Aber Lübcke beanstandet, dass das *Unsterbliche Regiment* bei der Ehrung sowjetischer Gräber auf einem Hamburger Friedhof «nationalistische und teilweise geschichtsrevisionistische Untertöne» an den Tag legt – ein besonderlicher Gedanke, wie ich gleich noch ausführen werde.

Verfälschte Vergangenheit – wozu?

Die Anzahl der Toten ist nicht gross. Von den 62 000 Kriegstoten auf den verschiedenen Hamburger Friedhöfen sind etwa 1400 Soldaten der Roten Armee, die im Kampf oder in den Kriegsgefangenenlagern der Nazis umgekommen sind. Ihre Gräber waren alle als sowjetisch oder russisch gekennzeichnet, als sie beerdigt wurden – und das ist auch richtig so,

denn das waren sie auch. Ich kann der deutschen Berichterstattung nicht ganz entnehmen, was Lübcke jetzt vorhat – ob er vorschlägt, die Friedhofunterlagen zu ändern oder die Unterlagen zu ändern und neue Grabsteine zu meisseln. Aber es ist klar, dass er den sowjetischen Gefallenen, die aus dem Gebiet der ukrainischen Republik stammen, eine verfälschte Vergangenheit aufzwingen will. Ausserdem will er mit seiner Idee ins Landesinnere gehen.

Absurd, ja, und peinlich, ja wieder. Aber deshalb ist es auch so wichtig, darüber nachzudenken, was eine Organisation, die sich der Ehrung von Kriegstoten verschrieben hat, dazu veranlasst, eine ahistorische Unterscheidung zwischen den einen und den anderen Gefallenen zu treffen, die Seite an Seite in derselben Armee gekämpft haben, um den gemeinsamen Feind zu besiegen. Welche Gefühle, welche politischen Kräfte, welches Propagandaprojekt treiben diesen verblüffend respektlosen Vorschlag an? Welcher ideologische Antrieb veranlasst Christian Lübcke dazu, tote Soldaten zu missbrauchen, die, wären sie noch am Leben, keine Ahnung hätten, worauf er hinaus will?

70. Jahrestag des D-Day

Ich erinnere mich, dass ich im Juni 2015 ähnliche Fragen stellte, als John Kerry und andere führende Politiker der Alliierten sich mit Veteranen ihrer Armeen an den Stränden der Normandie trafen, um den 70. Jahrestag des D-Day und die damals bevorstehende Niederlage der Nazis zu feiern. Obamas Aussenminister hielt nichts davon, grosse Reden über die Helden des Krieges zu halten, während er gleichzeitig die Russen von den Ehrungen ausschloss. Kerry und Co. hatten sich bis dahin geweigert, an den Veranstaltungen zum gleichen Jahrestag am 9. Mai in Moskau teilzunehmen. In Anbetracht der entscheidenden Rolle und der enormen Opfer, die die Rote Armee für die Alliierten gebracht hat, schien mir dies eine bodenlose Schande zu sein.

Das alles war ein Jahr nach dem von den USA angezettelten Staatsstreich in der Ukraine, wohl gemerkt – ein Jahr nach der strategischen Entscheidung Washingtons, das von ihm in Kiew installierte Regime als Frontlinie seiner Kampagne zur Bedrohung der Russischen Föderation bis hin zu deren Westgrenze zu nutzen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich den alten sowjetischen Witz schon oft gehört, wie einige Leser vielleicht auch. Die Zukunft steht fest, pflegten die Sowjetbürger zu sagen. Es ist die Vergangenheit, die immer ungewiss ist. Das war eine Anspielung auf all die wegretuschierten Fotos, das Umschreiben von Texten und die Korruption von Archiven, die während der Stalin-Jahre stattfanden.

Unentschuldbares Verhalten westlicher Staaten und Regierungschefs

In Anlehnung an den Ausschluss russischer Veteranen und Offizieller von den Feierlichkeiten in der Normandie haben wir in den letzten sieben Jahren beobachtet, wie der Westen in seiner Respektlosigkeit und seinem Missbrauch der Vergangenheit immer sowjetischer geworden ist. Seit der russischen Intervention in der Ukraine im vergangenen Februar hat diese Art von unentschuldbarem Verhalten überhandgenommen – um so schlimmer, als westliche Staats- und Regierungschefs und Institutionen dem ohne Gewissensbisse und ganz sicher ohne Schamgefühl nachgeben. Es ist, als ob die menschliche Geschichte und die historische Disziplin keinen allgemeinen Respekt verdienen und so als Instrument dienen, um andere zu verunglimpfen oder sie aus dem Gedächtnis zu löschen.

Hunderte von Statuen und Denkmälern in Lettland und Estland abgerissen

Letzten Sommer hat Lettland das grösste Denkmal aus der Sowjetzeit in der Hauptstadt Riga zum Gedenken an den Sieg über den Nationalsozialismus abgerissen, während die russischsprachige Minderheit dabei zusehen musste. Estland zog bald nach, wobei es in seinem Fall um Hunderte von Statuen und andere Arten von Denkmälern ging. Kaja Kallas, die estnische Premierministerin, erklärte es so: «Es ist klar, dass die russi-

sche Aggression in der Ukraine Wunden in unserer Gesellschaft aufgerissen hat, an die uns diese kommunistischen Denkmäler erinnern, und deshalb ist ihre Entfernung aus dem öffentlichen Raum notwendig, um zusätzliche Spannungen zu vermeiden.»²

Ich habe keine Ahnung, was Kallas mit diesen Worten gemeint hat. Sie scheinen einfach nur verworrenes Denken widerzuspiegeln – oder gar keines. Kein klarer Gedanke, keine klare Sprache, sage ich immer. Christian Lübcke erklärt uns also, dass sein offensichtlich nationalistisches und geschichtsrevisionistisches Bestreben, die Geschichte durch das Fälschen von Aufzeichnungen zu verwüsten und – wie gesagt, ich kann es nicht genau sagen – neue Grabsteine zu meisseln, im Namen des Widerstands gegen Nationalismus und Geschichtsrevisionismus erfolgt. Wir haben Kaja Kallas, die im Namen der Heilung von Wunden neue Wunden in die lettische Politik schlägt.

Nationalismus, Identität, Geschichte und Erinnerung

Um das Offensichtliche festzustellen, müssen wir tiefer schauen als Christian Lübcke, Kaja Kallas und andere Beamte, die diese Projekte beaufsichtigen, um ihren Standpunkt zu verstehen. Und damit komme ich zurück zu den Gedanken, die ich vorhin erwähnt habe und die mit Nationalismus, Identität, Geschichte und Erinnerung zu tun haben.

Ernest Renan, der französische Historiker, Bibelwissenschaftler, Philosoph, Philologe, Kritiker und so weiter – Menschen haben viele verschiedene Dinge gemacht, bevor unsere Zivilisation das Wissen in Silos verpackte – hielt 1882 an der Sorbonne eine Vorlesung, die uns überliefert ist und immer noch gelegentlich zitiert wird. Er nannte sie «*Qu'est-ce que une nation?*» – «Was ist eine Nation?»³ Eine seiner bemerkenswerten Passagen ist diese:

«Das Vergessen – ich möchte fast sagen: der historische Irrtum – spielt bei der Erschaffung einer Nation eine wesentliche Rolle [...]. Es macht jedoch das Wesen einer Nation aus, dass alle Individuen etwas miteinander gemein haben, auch, dass sie viele Dinge vergessen haben.»

Renan hatte besondere Gründe für diese erstaunlich freimütigen Gedanken. In den 1880er Jahren war Frankreich damit beschäftigt, sich zu einer modernen Nation zu entwickeln. Seine regionalen Identitäten und Dialekte – Bretagne und Bretonisch, Elsass und Alcacien, Okzitanien und Languedoc und so weiter – waren vormoderne Hindernisse für dieses Projekt. Sie mussten unterdrückt und im Laufe der Zeit aus dem nationalen Diskurs entfernt werden, so als wären sie unerwünschte Statuen.

Ich habe Renans Gedanken zur Frage der Nationalität immer als unangenehm und zugleich als teuflisch wahr empfunden. Er führt uns zu dem wesentlichen Punkt all der offiziellen Auslöschungen und Verunstaltungen, die ich erwähnt habe, und der vielen anderen, die ich nicht erwähnt habe. Es geht darum, dass bei der Schaffung von Staaten und Identitäten sehr oft die Geschichte ausgelöscht wird.

Worum ging es bei all den alten Schönfärbereien und Ausradierungen der Sowjetunion, insbesondere, aber nicht nur, während der Stalinjahre? Es ging darum, eine nationale Geschichte mit sehr sauberen, leicht zu lesenden Linien zu konstruieren, die mit einer imaginären Version sozialistischer Harmonie zu tun hatte, mit der sich die Sowjetbürger identifizieren konnten.

Wahre Vergangenheit ausblenden – Ein Projekt des Westens

Was wollten Kerry und die anderen westlichen Staats- und Regierungschefs, die vor



Sowjetische Kriegsgräberstätte in Hamburg-Ohlsdorf. (Bild wiki commons)

sieben Jahren in der Normandie anwesend waren – Franzosen, Briten, Deutsche, Polen und so weiter – erreichen? Sie wollten ihren Völkern eine Version des Zweiten Weltkriegs vermitteln, die überzeugend war, die den Nationalstolz weckte und – vor allem – die wahre Vergangenheit ausblendete, die Vergangenheit, in der Russland und die Russen eine entscheidende Rolle spielten.

Dies ist nun das gemeinsame Projekt des Westens, das in einem bedauernswerten Ausmass auf dem Vergessen beruht. Ein wenig tröstlich finde ich die Stimme von Katharina Fegebank, Hamburgs stellvertretende Bürgermeisterin, die am Volkstrauertag sprach, der in diesem Jahr auf den 13. November fiel:

«Es ist unsere Aufgabe, heute und jeden Tag an diese und Millionen von Menschen zu denken, die Opfer von Krieg und Gewalt geworden sind. Wir stehen hier zusammen, um für Frieden und Freiheit, gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung einzutreten.»

Werden sich die Katharina Fegebanks unserer Zeit gegen das Vergessen durchsetzen, das uns, uns aus dem Westen, faktisch aufgezwungen wird? Das ist unsere Frage, und ich möchte sie jetzt lieber noch nicht beantworten.

Zu Ernest Renans Zeiten sollte ein Bretoner oder ein Sprecher des Languedoc nicht mehr Bretoner oder Okzitanier sein, sondern Franzose oder Französin. Dieses in vielerlei Hinsicht erzwungene Projekt zog sich sehr lange hin und wurde zeitweise erbittert bekämpft. 1975 veröffentlichte der Schriftsteller und Schauspieler Pierre-Jakez Hélias ein sehr schönes Memoir über die bretonische Identität, *Le cheval d'orgueil* (Das stolze Pferd). Es ist voller liebevoller Gefühle für eine Welt, die einmal war, aber zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr existierte. Hélias schrieb als Franzose, auf Französisch: Dies war in gewisser Weise die ungeschriebene Koda seiner Geschichte, wenn ich das Buch richtig gelesen habe.

Heimtückisches Vergessen

Das Vergessen unserer Zeit ist von einer anderen Art, wie mir scheint. Es ist viel heimtückischer. Das Ziel ist die Schaffung eines neuen Bewusstseins, wie zu Renans Zeiten, aber in unserem Fall im 21. Jahrhundert geschieht dies durch eine radikale Verengung unseres Geistes, eine radikale Verarmung des Denkens im Namen einer neoliberalen Hegemonie, auf diese Weise ein radikales Ausschalten von Möglichkeiten, eine radikale Eingrenzung innerhalb der Mauern einer anderen zweigeteilten Weltordnung, in der keine Seite über diese Mauern auf die andere Seite blicken kann. In dieser Welt wird, wenn wir sie allesamt widerstandslos hinnehmen, die Zukunft feststehen und die Vergangenheit immer ungewiss bleiben.

¹ <https://www.zeit.de/news/2022-11/13/sowjetische-kriegsgraber-volksbund-will-differenzieren>

² <https://www.theguardian.com/world/2022/aug/16/estonia-removes-soviet-era-tank-monument-amid-russia-tensions-narva>

³ https://austria-forum.org/attach/AEIOU/C3%96sterreichbewusstsein/Renan_Was%20ist%20eine%20Nation.pdf

Quelle: <https://scheerpost.com/2022/11/25/patrick-lawrence-why-do-nations-erase-the-past/> vom 25.11.2022; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

Merkel entlarvt die Doppelzüngigkeit des Westens

«Krieg, so scheint es, war die einzige Option, die Russlands Gegner je in Betracht gezogen hatten»

von Scott Ritter

Die jüngsten Äusserungen der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel werfen ein Licht auf das doppelzüngige Spiel, das Deutschland, Frankreich, die Ukraine und die Vereinigten Staaten im Vorfeld der russischen Invasion in der Ukraine im Februar gespielt haben.

Während der sogenannte «kollektive Westen» (die USA, die Nato, die EU und die G7) weiterhin behauptet, Russlands Einmarsch in die Ukraine sei ein Akt «unprovokierter Aggression» gewesen, ist die Realität eine ganz andere: Russland wurde vorgegaukelt, es gebe eine diplomatische Lösung für die Gewalt, die nach dem von den USA unterstützten Maidan-Putsch in Kiew 2014 in der ostukrainischen Region Donbass ausgebrochen war.

Statt dessen haben die Ukraine und ihre westlichen Partner lediglich Zeit gekauft, bis die Nato ein ukrainisches Militär aufbauen konnte, das in der Lage war, den Donbass in seiner Gesamtheit zu erobern und Russland von der Krim zu vertreiben.

In einem Interview mit der *Zeit*² spielte Merkel letzte Woche auf den Münchner Kompromiss von 1938 an. Sie verglich die Entscheidungen, die der ehemalige britische Premierminister Neville Chamberlain gegenüber Nazi-Deutschland treffen musste, mit ihrer Entscheidung, die ukrainische Mitgliedschaft in der Nato abzulehnen, als das Thema auf dem Nato-Gipfel 2008 in Bukarest angesprochen wurde.

Indem sie die Nato-Mitgliedschaft hinauszögerte und später auf das Minsker Abkommen drängte, glaubte Merkel, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um einem russischen Angriff besser begegnen zu können, so wie Chamberlain glaubte, Grossbritannien und Frankreich Zeit zu verschaffen, um ihre Kräfte gegen Hitler-Deutschland zu sammeln.

Die Erkenntnis aus diesem Rückblick ist verblüffend. Vergessen Sie für einen Moment die Tatsache, dass Merkel die Bedrohung durch Hitlers Nazi-Regime mit der durch Wladimir Putins Russland verglich, und konzentrieren Sie sich statt dessen auf die Tatsache, dass Merkel wusste, dass die Aufnahme der Ukraine in die Nato eine militärische Reaktion Russlands auslösen würde.

Anstatt diese Möglichkeit gänzlich auszuschliessen, verfolgte Merkel eine Politik, die die Ukraine in die Lage versetzen sollte, einem solchen Angriff zu begegnen.

Krieg, so scheint es, war die einzige Option, die Russlands Gegner je in Betracht gezogen hatten.

Putin: Minsk war ein Fehler

Merkels Ausführungen decken sich mit denen, die der ehemalige ukrainische Präsi-

Angela Merkel: «Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben»

«Und das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht. Die Ukraine von 2014/15 ist nicht die Ukraine von heute. Wie man am Kampf um Debalzewe [Eisenbahnerstadt im Donbass, Oblast Donezk, d. Red.] An-

fang 2015 gesehen hat, hätte Putin sie damals leicht überrennen können. Und ich bezweifle sehr, dass die Nato-Staaten damals so viel hätten tun können wie heute, um der Ukraine zu helfen.»

Interview mit Angela Merkel in der «Zeit» vom 7.12.2022

dent Petro Poroschenko im Juni gegenüber mehreren westlichen Medien gemacht hat.³ «Unser Ziel», erklärte Poroschenko, «war es, erstens die Bedrohung zu stoppen oder zumindest den Krieg zu verzögern – um acht Jahre für die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau starker Streitkräfte zu sichern.» Poroschenko machte deutlich, dass die Ukraine nicht in gutem Glauben an den Verhandlungstisch über die Minsker Vereinbarungen gekommen war.

Zu dieser Erkenntnis ist auch Putin gekommen. Bei einem kürzlichen Treffen mit russischen Ehefrauen und Müttern russischer Truppen, die in der Ukraine kämpfen, darunter auch einige Witwen gefallener Soldaten, räumte Putin ein, dass es ein Fehler war, den Minsker Vereinbarungen zuzustimmen, und dass das Donbass-Problem damals mit der Anwendung von Gewalt hätte gelöst werden müssen, vor allem angesichts des Mandats, das ihm die russische Duma erteilt hatte, um den Einsatz russischer Streitkräfte in der «Ukraine» und nicht nur auf der Krim zu genehmigen.⁴

Putins verspätete Einsicht sollte all jenen im Westen einen Schauer über den Rücken jagen, die von dem Irrglauben ausgehen, dass der russisch-ukrainische Konflikt nun irgendwie auf dem Verhandlungswege beigelegt werden kann.

Keiner von Russlands diplomatischen Gesprächspartnern hat auch nur ein Minimum an Integrität bewiesen, als es darum ging, ein echtes Engagement für eine friedliche Lösung der ethnischen Gewalt zu zeigen, die von den blutigen Ereignissen auf dem Maidan im Februar 2014 ausging, bei denen ein von der OSZE anerkannter, demokratisch gewählter ukrainischer Präsident gestürzt wurde.

«Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Wenn ich darüber nachdenke, hatte Merkel nicht unrecht, als sie das Jahr 1938 als Vorläufer der heutigen Situation in der Ukraine anführte. Der einzige Unterschied ist, dass es hier nicht um edle Deutsche ging, die die brutalen Russen aufhalten wollten, sondern um doppelzüngige Deutsche (und andere Westler), die leichtgläubige Russen täuschen wollten.»

Reaktion auf den Widerstand

Als russischsprachige Menschen im Donbass sich gegen den Putsch wehrten und diese demokratische Wahl verteidigten, erklärten sie ihre Unabhängigkeit von der Ukraine. Die Antwort des Kiewer Putschregimes war ein acht Jahre andauernder bösartiger Militärschlag gegen sie, bei dem Tausende von Zivilisten getötet wurden. Putin wartete acht Jahre, um die Unabhängigkeit anzuerkennen, und startete dann im Februar eine gross angelegte Invasion im Donbass.

Zuvor hatte er darauf gehofft, dass die Minsker Vereinbarungen, die von Deutschland und Frankreich garantiert und vom UN-Sicherheitsrat (einschliesslich der USA) einstimmig gebilligt worden waren, die Krise lösen würden, indem sie dem Donbass Autonomie gewähren würden und er gleichzeitig Teil der Ukraine bliebe.⁵ Aber Kiew hat die Vereinbarungen nie umgesetzt und wurde vom Westen auch nicht ausreichend unter Druck gesetzt, dies zu tun.

Die Abgehobenheit, die der Westen an den Tag legte, als jede Säule der vermeintlichen Legitimität bröckelte – von den OSZE-Berichtern (von denen einige nach russischen Angaben dem ukrainischen Militär gezielte Informationen über russische Separatisten lieferten)⁶; bis hin zum Normandie-Format von Deutschland und Frankreich, das sicherstellen sollte, dass die Minsker Vereinbarungen umgesetzt würden; bis hin zu den Vereinigten Staaten, deren selbsternannte «defensive» Militärhilfe für die Ukraine von 2015 bis 2022 kaum mehr als ein Wolf im Schafspelz war – all dies unterstreicht die harte Realität, dass es nie eine friedliche Lösung für die Probleme



Scott Ritter (Bild zvg)

Scott Ritter ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, der in seiner mehr als 20jährigen Laufbahn unter anderem in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollabkommen, im Stab von US-General Norman Schwarzkopf während des Golf-Kriegs und später als Chefwaffeninspektor der Uno im Irak von 1991–1998 tätig war.

geben wird, die dem russisch-ukrainischen Konflikt zugrunde liegen.

Und es wird sie auch nie geben

Krieg, so scheint es, war die Lösung, die der «kollektive Westen» anstrebte, und Krieg ist die Lösung, die Russland heute anstrebt.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Wenn ich darüber nachdenke, hatte Merkel nicht unrecht, als sie das Jahr 1938 als Vorläufer der heutigen Situation in der Ukraine anführte. Der einzige Unterschied ist, dass es hier nicht um edle Deutsche ging, die die brutalen Russen aufhalten wollten, sondern um doppelzüngige Deutsche (und andere Westler), die leichtgläubige Russen täuschen wollten.

Das wird weder für Deutschland noch für die Ukraine noch für diejenigen gut ausgehen, die sich in den Mantel der Diplomatie gehüllt haben, während sie das Schwert, das sie hinter ihrem Rücken trugen, zu verbergen suchten. •

¹ <https://www.zeit.de/2022/51/angela-merkel-russland-fluechtlingskrise-bundeskanzler> vom 7.12.2022

² ebenda

³ <https://www.hornobservers.com/2022/06/17/minsk-deal-was-used-to-buy-time-ukraines-poroschenko/>

⁴ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/69935>; <https://globalbridge.ch/putin-gesteht-eine-eigene-fehlschaetzung-ein-sein-vertrauen-in-die-beteiligten-von-minsk-ii-im-jahr-2014-15/>

⁵ <https://press.un.org/en/2015/sc11785.doc.htm>

⁶ <https://tass.com/world/1442057>

Quelle: <https://consortiumnews.com/2022/12/05/scott-ritter-merkel-reveals-west-duplicity/> vom 5.12.2022; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Kriegslogik

«Angst, dass der Krieg zu Ende geht»

ds. «Der amerikanische Waffennachschub wird knapp», titelte die «Neue Zürcher Zeitung» am 30. November auf Seite 3. Sie berichtet von «Engpässen» bei verschiedenen Waffensystemen und der dazu passenden Munition.

Wenn es um die Ukraine ginge, liest man weiter, zeige sich der amerikanische Präsident Joe Biden stets standhaft. Die amerikanische Entschlossenheit, einen Erfolg Putins zu verhindern, spiegle sich auch in Zahlen: Der amerikanische Kongress habe bereits 68 Milliarden Dollar für die Ukraine bewilligt. Davon seien drei Viertel bereits aufgebraucht oder fest verplant. Und kürzlich habe das Weisse Haus das Parlament gebeten, weitere 38 Milliarden Dollar für Kiew zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser Hilfe habe die Ukraine das Blatt auf den «Schlachtfeldern» im Osten und Süden wenden können. Mitentscheidend für diesen Erfolg sei die Lieferung von Haubitzen und mehr als 800 000 Artilleriegeschossen gewesen. Die ukrainischen Streitkräfte feuerten täglich bis zu 7000 Artilleriesalven ab, doch nun schwänden die amerikanischen Lagerbestände.

Engpässe gäbe es auch bei Mehrfachraketenwerfern. Diese müssten allerdings zunächst hergestellt werden, und bis sie an der Front ankämen, würden Monate oder gar Jahre vergehen.

Die Rüstungsfirmen schreckten aber davor zurück, ihre Produktionskapazität zu stark auszubauen. Ihnen fehle es an langfristigen Zusagen für Waffenkäufe seitens der Regierung. «Sie haben Angst, dass der Krieg zu Ende geht, die Aufträge ausbleiben und sie auf ihren ausgebauten Fabriken sitzen bleiben.»

* * *

In der Ukraine stehen sich zwei Atommächte gegenüber, Russland und die USA. Einen Sieg auf dem Schlachtfeld kann es nicht geben. Irgendwann werden die Waffen schweigen müssen.

In Russland und in der Ukraine weinen Menschen. Sie trauern um ihre verlorenen Kinder, Männer und Frauen, Brüder und Schwestern, Eltern und Grosseltern. Manche haben alles verloren.

Mehr Waffen verlängern den Krieg und schaffen noch mehr Leid. Es braucht einen Waffenstillstand, und zwar jetzt! •

Ungarn bemüht sich um Frieden

Die Bürgerbewegung *Forum für den Frieden* begrüsst die Haltung der ungarischen Regierung, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine einsetzt. Wir halten es für richtig, dass Péter Szijjártó auf dem Nato-Aussenministertreffen in Bukarest nicht darauf hingewiesen hat, was in bezug auf zusätzliche militärische und finanzielle Unterstützung für Kiew getan werden muss, sondern auf den strategischen Dialog mit Russland. Wir sind auch damit einverstanden, dass Ungarn weiterhin sein Veto gegen den Beitritt der Ukraine zur Nato einlegt. Allerdings tut es dies nicht mit dem Hinweis auf den Frieden unseres Landes und Europas, sondern auf die immer noch nicht behobene Verletzung der ethnischen Rechte der transkarpatischen Ungarn. Das Friedensforum ist der Meinung, dass die Rechte unserer ungarischen Landsleute durchgesetzt werden können, wenn das Haupthindernis, die chauvinistische Führung in Kiew, nicht mehr im Weg steht. Solange die Nato Kiew unterstützt, können unsere Ungarn nicht erwarten, dass sich ihr Los verbessert, sondern im Gegenteil, unsere jungen Leute werden als Kanonenfutter für die Zwecke der herrschenden Nation im Dienste der amerikanischen Interessen

benutzt. Das Friedensforum ist der Ansicht, dass der Schlüssel zur Lösung in der Akzeptanz der legitimen Sicherheitsgarantien Russlands vom 15. Dezember 2021 liegt. Moskau hat deutlich gemacht, dass es, wenn die Sicherheit seiner Grenzen gewährleistet ist, auch die Sicherheit anderer im Rahmen des europäischen Systems der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker garantieren wird. Solange die Nato, einschliesslich Ungarns, die legitime russische Forderung nicht anerkennt, wird es keinen Frieden geben, und es werden nicht nur die Rechte der ungarischen Minderheit verletzt, sondern auch der Frieden unseres Landes ist nicht gewährleistet.

Association for the Rule of Law, Hungarian Anti-Fascist League, Labor Party, Hungarian Community for Peace, István Balog Tibor Bognár, Zolt Fehérvári, József Hajdú, Balázs Hetényi, Tamás Hirschler, Ferenc Kleinheincz, Gyöngyi Krajcovicz, József Zolt Nagy, László Petrász, István Salga, Endre Simó Gyula Thurmer

Quelle: Stellungnahme des ungarischen Friedensforums, Budapest 1. Dezember 2022

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Bundesamt für Statistik meldet Rekordzahl von Lehrvertragsabbrüchen – was tun?

von Marianne Wüthrich, langjährige Berufsschullehrerin

«Noch nie haben so viele Junge ihre Lehre abgebrochen», titelte der «Tages-Anzeiger» kürzlich und nannte erschreckend hohe Zahlen: 22,4 Prozent der Lehrlinge, die 2017 ihre Ausbildung begonnen hatten.¹ Ein kleiner Trost ist, dass ein Teil der Vertragsauflösungen nur den Wechsel in einen anderen Betrieb oder in einen anderen Beruf mit neuem Lehrvertrag bedeuten. Aber es bleibt die äusserst beunruhigende Tatsache, dass trotz der guten Verankerung und der hohen Durchlässigkeit des dualen Berufsbildungssystems in der Schweiz fast ein Viertel der Lehrverträge keinen Bestand haben.

«Was läuft falsch in der Berufsausbildung?», fragen die Autoren. «Und was ist zu tun?», ist zu ergänzen. Darauf gibt es naturgemäss keine einfachen oder gar plakativen Antworten. Zweifellos ist es oft ein Zusammentreffen mehrerer Ursachen, das zu einem Lehrabbruch führt. Genannt werden im Artikel: Falsche Berufs- oder Lehrstellenwahl, gesundheitliche Gründe, mangelhafte Leistungen der Lehrlinge sowie «Pflichtverletzungen, Konflikte und privates Umfeld», selten Konkurs/Schliessung des Lehrbetriebs. Diese Gründe für eine Auflösung der Lehre sind nichts Neues, die Frage stellt sich aber, warum die Abbrüche heute zunehmen. Und die Anschlussfrage: Wie können wir sinnvoll, das heisst zum Wohl der Jugendlichen und der Gesellschaft, Gegensteuer geben?

Direkte menschliche Ansprache statt neue Berufsbilder

Die Jugendlichen der sogenannten *Generation Z* (geboren nach 1996) wollen «immer häufiger einen sinnstiftenden Beruf. Sie wollen nicht einfach eine billige Arbeitskraft sein.» Diese Aussage des Vizedirektors von *Pro Juventute* im «Tages-Anzeiger» erstaunt die erfahrene Berufsschullehrerin schon ziemlich. Denn bereits vor vierzig Jahren wollten die allermeisten meiner Schüler einen sinnstiftenden Beruf, und ich habe kaum einen Betrieb erlebt, in dem die Lehrmeister nicht ihr Bestes gegeben haben, um bei ihren Lehrlingen die Freude am Beruf und den Stolz auf die im Lauf der Lehre immer anspruchsvolleren, eigenständig geschafften Arbeiten zu wecken. Wenn sie dann in der Schule davon erzählten, spürte man, dass die Saat aufging. Klar hatten manche im Lauf der drei oder vier Jahre kleinere oder auch grosse Durchhänger – das war uns selbst aus dem Gymi ja auch nicht unbekannt. Und klar gab es auch damals Lehrlinge, die wenig moti-

viert waren und die geforderten Leistungen nicht brachten. Dazu kommen wir noch.

Was die heutigen Jugendlichen betrifft, hat Tagi-Mitarbeiter *Dominik Balmer* sicher recht: «Es mag tatsächlich sein, dass es der *Generation Z* zuweilen an Biss und Ehrgeiz fehlt. Aber damit muss die Wirtschaft klarkommen. Sie hat keine andere Möglichkeit: Anderes Personal gibt es nicht.»² Das ist den Verantwortlichen in den Branchenverbänden, die zum Teil händeringend nach tauglichen Lehrlingen suchen, bewusst. Einige Verbände überarbeiten ihre Berufsbilder, damit es für die Jugendlichen (und ihre Eltern) klarer ist, was sie im Berufsalltag zu erwarten haben. So berichtet *Reto Hehli* vom Verband *Carrosserie Suisse* (42,9 Prozent der Karosserielackierer brechen ihre Lehre ab!), viele Anfänger in der Autowerkstatt seien «erstaunt, wenn sie mehrheitlich den ganzen Tag stehen und allenfalls schwere Türen oder Motorhauben anheben müssen». Gleichzeitig bemühen sich die Verbände, das Image ihrer Berufe zu «modernisieren». Um die junge Generation anzusprechen und gleichzeitig etwas für die Umwelt zu tun, will zum Beispiel *Carrosserie Suisse* ein neues Label namens «Green Car Repair» unter dem Motto «Reparieren statt ersetzen» schaffen («Tages-Anzeiger» vom 30.11.2022).

Ob diese Anstrengungen das Erhoffte bewirken? Oft bringt der direkte Weg über die praktische Anschauung und die mitmenschliche Beziehung mehr als ein origineller Slogan. Alle Schweizer Schüler im 8./9. Schuljahr, die eine Berufslehre ins Auge fassen, absolvieren eine oder mehrere Schnupperlehren in verschiedenen Berufen. Wer einige Arbeitstage oder sogar eine ganze Woche in einem Lehrbetrieb zupacken und seine schulischen Kenntnisse in Tests belegen muss, erlebt die Anforderungen hautnah. Die Lehrlingsausbildner und die Lehrlinge, die der Bewerber dort kennenlernt, sind die richtigen Ansprechpartner für seine Fragen und Zweifel. Dazu kommt sein eigener Vergleich mit anderen Schnupperstellen. Auch für den Auszubildner ist das Schnuppern die beste Möglichkeit, sich ein Bild vom Bewerber zu machen: Ist er pünktlich und zuverlässig, bereit, sich etwas zeigen zu lassen und sich etwas zu merken? Kann er lesen, schreiben und rechnen?

Was die körperlich anstrengende Arbeit betrifft, war ich jedes Jahr von neuem beeindruckt, wie 15- oder 16jährige Buben, die im letzten Volksschuljahr meist eine gemütliche Zeit hatten, innert weniger Monate begannen, sich zu kräftigen jungen Männern zu entwickeln, wenn sie zum Beispiel als Elektroinstal-

lateure bei Wind und Wetter auf der Baustelle arbeiteten. Nur selten hat sich einer beklagt, die meisten waren stolz auf ihre Leistung und auf ihre zunehmenden Kräfte. Wenn ich einen bat, mir einen Stoss Bücher in den oberen Stock zu tragen, sagte er: «Das finden Sie schwer? Ist ja easy.» Den ganzen Tag zu stehen machte ihnen in der Regel viel weniger aus, als am Schultag den ganzen Tag zu sitzen.

Ob das den heutigen Jugendlichen wirklich nicht möglich ist? Vielleicht fällt es manchen von ihnen schwerer – aber der Weg über die praktische Übung und die mitmenschliche Beziehung ist auch heute der einzig gangbare.

Mehr Prävention gegen «erhöhte psychische Belastung»?

Der bereits zitierte Mitarbeiter von *Pro Juventute* ist der Meinung, viele junge Leute seien heute in einer «Multikrise», weil ihnen die Klimakrise, die Corona-Pandemie und jetzt der Ukraine-Krieg zusetzen würden. Wenn es den jungen Menschen besser gehe, werde es auch weniger Lehrvertragsauflösungen geben. Angesichts der «erhöhten psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen» seien die Kantone in der Pflicht, für Prävention zu sorgen.³

Wenn man bedenkt, wie viele junge Leute aus der ganzen Welt in allen unseren Schulklassen sitzen, die (oder deren Eltern) aus weit schwierigeren Lebenssituationen, aus Krieg und Elend, in die sichere und wohlhabende Schweiz gekommen sind, wo jedes Kind zur Schule gehen und jeder Jugendliche eine Lehre oder eine weiterführende Schule absolvieren darf – ist es da nicht «geschämig», von «erhöhter psychischer Belastung» zu reden, nur weil unsere Kinder einige Monate lang Fern- statt Präsenz-Unterricht hatten und weil wir alle unseren Beitrag zu weniger Energieverbrauch leisten sollten? In anderen Ländern hatten viele Jugendliche im Lockdown nicht einmal ein Handy, und die Klimakrise als Grund für einen Lehrabbruch zu konstruieren ist absurd.

Mangelnde schulische Grundlagen in der Volksschule

Mangelhafte Schulleistungen der Lehrlinge werden im genannten Artikel nur kurz angetippt, aber es schläckt's kei Geiss weg: In unseren Lehrbetrieben sind Schulabgänger gefragt, die nach neun Schuljahren einigermaßen lesen, schreiben und rechnen können, die einen Nagel einschlagen und ein sauberes Dreieck zeichnen können (nicht Handgelenk

mal Pi, sondern mit Zirkel und Massstab), die rechtzeitig am Arbeitsplatz erscheinen, Kunden anständig begrüssen und sich vom Lehrmeister anleiten lassen, ohne ständig herumzudiskutieren.

Vom *Lehrplan 21* und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel hatten sich viele Wirtschaftsvertreter «kompetentere» Lehrlinge erhofft. Obwohl wir Kritiker uns alle Mühe gaben, sie eines Besseren zu belehren, flutschte der *Lehrplan 21* dank massiver staatlicher, aber nicht der Wahrheit verpflichteter Propaganda durch. Bei zahlreichen Lehrlingen fehlen mangels eines strukturiert aufgebauten Unterrichts in der Volksschule die soliden schulischen Grundlagen, die für eine Lehre samt Berufsschule unerlässlich sind.

Wie viele Lehrverträge wegen mangelhafter schulischer und/oder betrieblicher Leistungen aufgelöst werden, bleibt im dunkeln. Aber aus meiner Erfahrung steht ein erheblicher Teil der Lehrabbrüche damit in Zusammenhang, inklusive der durch Rauschgiftsucht oder exzessives Gamen verursachten Leistungseinbrüche. In manchen Berufen kann auch der Schwall von «Kompetenzen», mit dem die Köpfe verwirrt werden, zu Abbrüchen führen. In solchen Fällen eine adäquate Lösung zu finden, ist nicht einfach und geht jedenfalls nur, wenn der Jugendliche mitzieht.

«Falsche Berufswahl» – Lehre auflösen oder weitermachen?

Bei persönlichen Schwierigkeiten des Lehrlings oder in der Beziehung Lehrling-Lehrmeister oder wenn der Jugendliche in einen anderen Beruf wechseln möchte, stellt sich allen involvierten Personen die Frage: Wo ist es sinnvoll, einen jungen Menschen zum Weitermachen zu ermutigen, wo stärkt ihn eher der Weg hinaus? Letztlich ist es zwar der Entscheid des Jugendlichen, dennoch braucht es Einfühlbarkeit, aber auch die Entschlossenheit der Beteiligten, einen jungen Menschen gross zu nehmen und ihm das zuzutrauen, was nötig und möglich ist.

In meinen mehr als drei Jahrzehnten an einer Berufsschule hatte ich viele Schüler, die eigentlich lieber einen anderen Beruf gelernt hätten, aber schliesslich aus verschiedenen Gründen an ihrer Lehrstelle gelandet sind. Interessanterweise hat sich der grösste Teil mit dem Lehrberuf angefreundet, wenn er im Betrieb ein gutes Umfeld hatte. Nicht wenige junge Frauen und Männer, die sich nach negativen Erlebnissen in der Volksschule auffangen konnten und in Lehrbetrieb und Schule gut vorankamen, habe ich ermutigt, nach dem Lehrabschluss ihren früheren Wunschberuf oder eine andere Weiterbildung anzuhängen, was zu meiner Freude etliche mit Erfolg getan haben. Ich erinnere mich aber auch an ein Beispiel, wo ich einen jungen Menschen nach seinen längeren Versuchen, mit dem Lehrmeister den «Draht» zu finden, unterstützt habe, eine andere Lehrstelle zu suchen, weil der an sich aufgestellte Jugendliche seinen Mut und seine Freude am Beruf zu verlieren drohte. Die ganze Klasse half bei der Suche einer neuen Stelle mit. Eine solche Konstellation ist eher selten, aber man muss sie erspüren. Nur wenige Male habe ich erlebt, dass ein Lehrbetrieb Konkurs anmelden musste. Glückliche Schweiz! Auch diese Schüler fanden meist Unterschlupf im Lehrbetrieb eines Mitschülers.

Tragen wir nach Kräften dazu bei, das für unsere Jugend und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt segensreiche duale Berufsbildungssystem am Leben zu erhalten! •

Duales Berufsbildungssystem als wichtiger Integrationsfaktor

mw. «Das historisch gewachsene Berufsbildungssystem in der Schweiz [...] führt zu einer frühen Einführung in die Arbeitswelt schon im Alter von 15 oder 16 Jahren, es verhilft sogar auch Jugendlichen mit einer Schulschwäche oder aus bildungsfernen Schichten zur ausserschulischen Entwicklung handwerklicher Fähigkeiten, und es konfrontiert den jungen Menschen früh mit der wettbewerblichen Härte des Arbeitsmarktes. [...] Doch bei aller Härte [...], das Resultat ist eine höhere Arbeitsmarktfähigkeit und ein höherer Standard von Qualität und «State of the Art» (Regeln der Kunst) in jeder Berufsbranche.» (Rudolf H. Strahm. *Warum wir so reich sind*. Bern 2010, S. 68/69)

An den *WorldSkills 2022* schnitt das Schweizer Berufs-Nationalteam mit 19 Medaillen in 34 Disziplinen ein weiteres Mal hervorragend ab (<https://www.swiss-skills.ch/de/news/16864/funfter-schweizer-wm-titel-an-den-worldskills-schweiz-ist-die-nr-1-in-europa>). Diese Erfolge sind, wie *Rudolf H. Strahm* erklärt, auch dem guten Schweizer Berufsbildungswesen geschuldet.

Ein Beispiel aus dem Alltag: Kürzlich hat ein Schreiner mit seinem Lehrling in unserem Haushalt eine Reparatur ausgeführt. Der junge Mann stand richtiggehend in den Startblöcken, immer bereit, zuzupacken, wenn sein Lehrmeister ihn ansprach. Im ersten Lehrjahr sei er, sagte er auf meine Frage, und man konnte spüren, wie es ihn stärkte, als Mitarbeiter gebraucht zu wer-

den und gleichzeitig seinen Beruf zu lernen, drei Tage pro Woche im Betrieb, zwei in der Berufsschule.

Es gibt sie also noch, die «gefreuten» Lehrlinge, sie sind auch heute in der Mehrheit. Und wie es *Rudolf H. Strahm* vor mehr als zehn Jahren beschrieben hat, braucht es das duale Berufsbildungssystem heute mehr denn je, damit schwächere Schüler oder solche aus Familien anderer Kulturen und Sprachen integriert werden können. Aber auch für die Leistungsstarken, die lieber etwas «mit den Händen schaffen» wollen, als das Gymi zu besuchen: Dank der Durchlässigkeit des Schweizer Bildungssystems bleiben ihnen alle Wege offen.

Berufsbildungssystem als bedeutendes Moment des gesellschaftlichen und nationalen Zusammenhalts

«Das Berufsbildungssystem ist ein zentraler Faktor der Produktivität und Konkurrenzfähigkeit. Es ist aber auch das wichtigste Moment der sozialen Integration, des gesellschaftlichen und nationalen Zusammenhalts und der Verhinderung oder zumindest Begrenzung der Armut. [...] Im internationalen Vergleich bringt die Schweiz dank ihrem Berufsbildungssystem einen grösseren Anteil von Jugendlichen und Erwachsenen ins Erwerbsleben und weist deshalb die tiefste Jugendarbeitslosigkeit und die tiefste Arbeitslosenquote generell auf.»

(*Rudolf H. Strahm. Warum wir so reich sind*. S. 43)

Das duale Berufsbildungssystem basiert auf der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, welche die Berufsschulen bereitstellen, und den Betrieben, die bereit sind, Lehrlinge auszubilden. Besonders die KMU (über 98% der Unternehmen), aber auch viele Grossbetriebe (jedenfalls diejenigen mit Bodenhaftung im Land) nehmen ihre Aufgabe wahr. Sie sind aber darauf angewiesen, dass die Kantone für eine entsprechende Schulbildung sorgen, so wie sie es seit dem 19. Jahrhundert getan haben.

Dass es für die meisten Betriebe selbstverständlich ist, ihren Teil zur Berufsbildung unserer Jugend beizutragen, ist eine Auswirkung des direkt-demokratischen Schweizer Modells. Sie tun dies ebenso, wie sie in ihrer Gemeinde und in sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie in Vereinen unentgeltliche Milizarbeit leisten.

Einer meiner Kollegen in der Berufsschule beschäftigte in seinem Landwirtschaftsmaschinen-Unternehmen 4–5 Mitarbeiter und bildete 2 Lehrlinge aus. Einen Tag pro Woche unterrichtete er Berufskunde an unserer Schule. Wie die meisten Lehrmeister, vor allem in den handwerklichen Berufen, trug er wesentlich zur Entwicklung seiner Lehrlinge zu fähigen Berufsleuten bei und diskutierte in den Arbeitspausen auch einmal mit ihnen über die nächsten Volksabstimmungen.

¹ Balmer, Dominik und Cornehl, Svenson. «Berufsbildung in der Schweiz. Noch nie haben so viele Junge ihre Lehre abgebrochen». In: *Tages-Anzeiger* vom 30.11.2022. Neueste Zahlen zum Lehrbeginn 2017, Bildungsverläufe bis 31.12.2021: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/uebertritte-verlaufe-bildungsbereich/sekundarstufe-II/aufloesungen.html> (Tabellen im Anhang)

² Balmer, Dominik. «Kommentar zu den Lehrvertragsauflösungen. Die Rekordzahlen sind ein Warnschuss». In: *Tages-Anzeiger* vom 30.11.2022

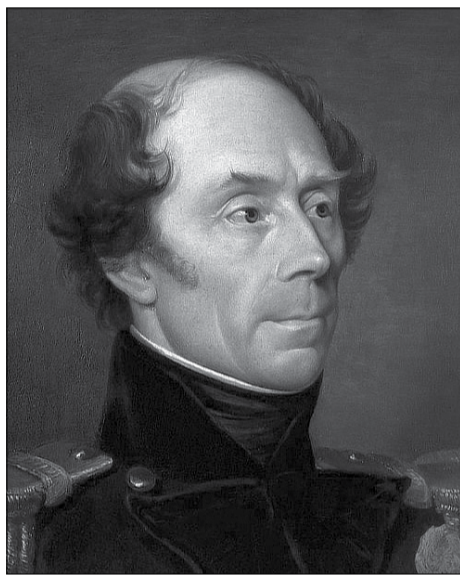
³ Balmer, Dominik und Cornehl, Svenson. «Berufsbildung in der Schweiz. Noch nie haben so viele Junge ihre Lehre abgebrochen». In: *Tages-Anzeiger* vom 30.11.2022

Schweizergeist – gerade heute unerlässlich (Teil 2)

Der General, der alles tat, um die andere Seite nicht zu demütigen: Henri Dufour

von Peter Küpfer*

Im ersten Teil dieser Rückbesinnung auf das Wesen des Schweizergeists («Niklaus von Flüe verhindert einen drohenden Bürgerkrieg in der frühen Eidgenossenschaft», *Zeit-Fragen* Nr. 26 vom 29.11.2022, S. 8) wurde das Augenmerk auf eine der frühen inneren Zerreißproben gerichtet, welche die Schweiz seit ihrer Entstehung immer wieder an den Rand der drohenden Spaltung führten. Es war dies eine der ersten Zerwürfnisse (neben dem Alten Zürichkrieg), welches einer grundlegenden Spannung innerhalb der Eidgenossenschaft zugrunde lag, jener zwischen ländlich geprägten Völkern und denen der Städte. Natürlich nahmen aus dieser Spannung heraus erwachsende innere Krisen der Schweiz je nach geschichtlichem Umfeld ganz verschiedene Formen an. Der zu Recht immer wieder genannte und auch heute noch bestehende Stadt-Land-Gegensatz kann nicht eins zu eins mit einem spätmittelalterlichen Konflikt mit ähnlichen Wurzeln verglichen werden. Aber seine destruktive Dimension beruht auf den gleichen Faktoren, die auch heute die Einheit der Schweiz unter anderen Bedingungen wieder bedrohen: das gegenseitige Misstrauen, das seinerseits Hass und Ablehnung schafft, Wurzeln jedes Krieges.



Portrait von Guillaume Henri Dufour. Öl auf Holz, von seiner Tochter Anne Octavie L'Hardy-Dufour, 1840. (Privatsammlung; Bibliothèque de Genève, Archives A. & G. Zimmermann) (Bild Historisches Lexikon der Schweiz)

Im vorliegenden Beitrag wird, ähnlich wie im ersten, aber an einem unserer Zeit näheren Beispiel aus der Schweizer Geschichte, auch wieder Gewicht darauf gelegt, welche gleichzeitig einwirkenden positiven Kräfte es sind, die dieses schicksals-entscheidende Misstrauen lindern und beheben können. Solche positiven Kräfte vermögen das Misstrauen, für welches die Menschen gerade in Krisenzeiten so anfällig sind, zu lindern und zu beheben, so dass es nicht zur Krise und zum Zerwürfnis führen muss. Das Bewusstsein der «Einheit in der Vielfalt» gibt der Demokratie vielmehr höchst belebende Impulse, das zeigt ja gerade der Gesamtgang der Schweizer Geschichte, die man zu Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnen darf. Ihr liegt der Respekt vor der anderen Meinung zugrunde, der auf tieferen Schichten beruht als auf den geschürten Empfindungen, welche unsere Tagespolitik lenken. Das war auch in früheren Zeiten so. Gerade das im folgenden dargestellte Beispiel, das dem Schweizer General *Henri Dufour* gewidmet ist, macht das deutlich. Es ist kein Zufall, dass der höchste Berg der Schweiz im hochalpinen Grenzgebiet des Monte-Rosa-Massivs seinen Namen trägt: die «Dufourspitze», 4634 Meter über Meer.

Seine zu dieser Ehrung führende Tat ist für viele heutige Schweizer allerdings der Vergessenheit anheimgefallen. Kein Wunder, wenn das Schulfach Schweizer Geschichte so behandelt wird, als ob unsere Jugend sich dafür schämen müsste. Ich kenne kein anderes europäisches Land, in dem die eigene Geschichte heute derart lieblos, ja, selbstzerstörerisch behandelt wird wie bei uns seit einiger Zeit, in einem Kernland Europas, in

unserer Schweiz. Vor dieser durch bestimmte Kreise (darunter viele sich selbst so nennende «Kulturschaffende») geschürten Geringredung der Schweizer Geschichte waren auch Nichtschweizer der Überzeugung, dass die Schweiz den ihr häufig verliehenen Ehrentitel «Wiege der Demokratie» zu Recht trägt. Das waren kaum alles realitätsferne Beschöniger.

Dass man heute die traditionelle Geschichtsschreibung, die auch die Errungenschaften der eigenen nationalen Geschichte beleuchtet, nicht nur die Irrungen (welches Land kennt sie nicht?), als grössenwahnsinnigen, selbstverliebten nationalen Mythos abtut oder mit dem Modewort «Narrativ» (willkürlich zusammengebastelte Erzählung), hat offensichtlich eher politische Hintergründe als solche, die aus ernsthaften historischen Analysen erwachsen. Um so mehr ist es angezeigt, sich der Qualitäten der Selbstwerdung unseres Landes zu versichern. Wie überall in der Welt, wo solid Beständiges entsteht und sich halten kann, ist es an das Wirken hervorragender Menschen geknüpft, die das Wohl des Ganzen im Auge hatten, nicht nur ihre persönliche oder parteiliche Optik.

Auch zu Beginn des für die Schweiz schicksalhaften frühen 19. Jahrhunderts zeigt sich die genannte schweizergeschichtliche Konstante des Konflikts zwischen eher in der Landschaft verankerten traditionellen Auffassungen und den «progressiven» einer sich selbst als Elite sehenden städtisch-liberalen Bevölkerungsschicht.

Es ist von daher ein höchst bemerkenswerter Umstand, dass die Verfassung der modernen Schweiz von 1848 nur ein Jahr nach einer der gefährlichsten Bewährungsproben der entstehenden modernen Schweiz zustande gekommen ist, dem sogenannten «Sonderbundskrieg» innerhalb der Eidgenossenschaft. Es war ein echter Bürgerkrieg, wo Schweizer gegen Schweizer standen, auch wenn er glücklicherweise in Hinblick auf seine menschlichen Opfer und Zerstörungen begrenzt blieb. Das war in erster Linie der Zivilcourage und Weitsicht des militärischen Führers der eidgenössischen Truppen zu verdanken, General Guillaume Henri Dufour (1787–1875).

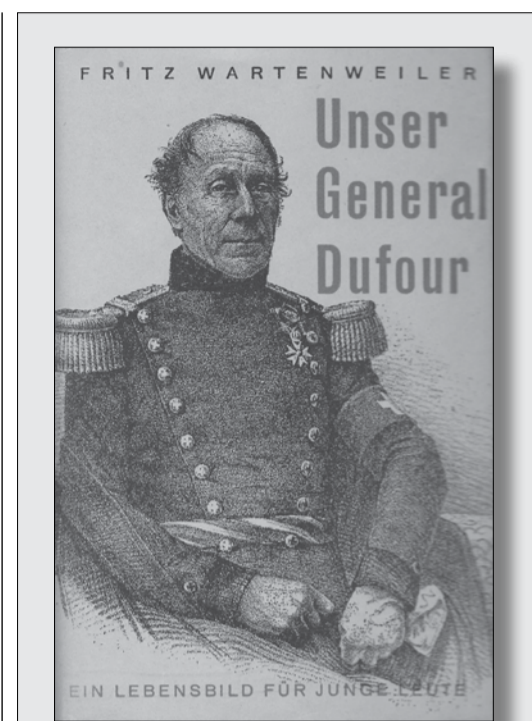
Verhängnisvolle Vorgeschichte

Ausgangspunkt und Ablauf des Schweizer Sonderbundskrieges von 1847 sollen hier kurz in Erinnerung gerufen werden. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts verschärfte sich die religiös-konfessionellen Spannungen auch in unserem Lande einmal mehr, ja, unter der forschenden Politik der Liberalen (Freisinnigen) wurden sie an verschiedenen Fragen radikalisiert. Dabei vermischte sich Politisches mit Religiösem. Die

Liberalen arbeiteten an der Umwandlung des schweizerischen Staatenbundes in einen modernen Bundesstaat nach dem Vorbild der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. In diesem liberalen Konzept waren nicht nur Föderalismus und die parlamentarische Demokratie vorgezeichnet, sondern auch die strikte Trennung von Kirche und Staat sowie die obligatorische, laizistische Volksschule. Dazu forderten liberal-radikale Geister in provokativer Form die Schliessung der Klöster und das Verbot der Jesuiten. Während Zürich in der eben gegründeten Universität als Theologen *David Ludwig Strauss* berief, der in seiner Streitschrift «Leben Jesu» «ein radikal diesseitiges Verständnis des Gottesohnes vorgelegt hatte» (Stadler, S. 223), berief der Grosse Rat Luzerns am 24. Oktober 1844 sieben Jesuiten als Lehrer an die theologische Fakultät und an das Priesterseminar. Dies provozierte die liberale Jugend, darunter damals auch den jungen *Gottfried Keller*. Wie viele andere radikale Jugendliche Zürichs entschloss sich auch der spätere Schriftsteller des Realismus und Staatschreiber des Kantons Zürich zur Teilnahme an einem bewaffneten Freischarenzug gegen die «Luzerner Reaktionäre» von Ende März, Anfang April 1845, der aber schon vor jeder Kampfhandlung ergebnislos und für die «liberalen» Freischärler (es gab solche Freischaren-Scharmützel auch von der konservativen Seite) schmachvoll im Sande verlief (Stadler S. 227f.).

Auf der weltlichen und liberalen Seite hofften vor allem auch wirtschaftliche Kreise auf eine Zeitenwende, insbesondere auf die Aufhebung bestehender Handelshemmnisse durch eine an Haupt und Gliedern «modernisierte» Schweiz. Eine Reise durch die Schweiz war damals unterbrochen von vielen Zollstationen, an denen eigene Gewichte, Währungen und Abgaben galten; die Schaffung einer Eisenbahnstrecke durfte angrenzende Kantonsgebiete nicht kreuzen; ein Brief von Romanshorn nach Genf wurde damals «mit Vorteil über Deutschland und Frankreich geleitet», weil in der Schweiz für jedes Kantonsgebiet eigene Regeln und Taxen bestanden (Wartenweiler, S. 57).

Einmal mehr standen sich vor der militärischen Eskalation nun auch hier eine ländlich-konservativ geprägte Schweiz und eine städtisch-innovative Schicht immer unversöhnlicher gegenüber. Als aus dem jahrelang andauernden Patt dann die Situation wurde, dass die «Liberal-Radikalen» (durch eine Veränderung des politischen Gewichts in ihre Richtung durch den jungen Kanton St. Gallen) in der Tagsatzung plötzlich die Überhand gewannen, war ihre



ev. Fritz Wartenweilers (Jugend-)Buch «Unser General Dufour» steht exemplarisch für seine Schriften: Stets suchte er das humanistische Bildungsanliegen zu fördern und gerade Jugendlichen und heranwachsenden jungen Menschen durch lebendig Schilderung von Vorbildern Wege zur Persönlichkeitswerdung, zum vollen Menschsein in Einklang mit dem Gemeinwohl zu eröffnen. Das müsste auch heute Ziel echter Bildung sein.

Stunde gekommen. Vorwand zum militärischen Einsatz des Bundes ergaben ungeschickte internationale militärische Absprachen und Bündnisse des Sonderbunds mit den die Schweiz umgebenden, sie misstrauisch beobachtenden Monarchien, die in diesen revolutionären Zeiten alle mit Unruhen und radikaldemokratischen Aufständen zu kämpfen hatten. Deren Exponenten wollten auch im übrigen Europa vielerorts gerade das, was in der Schweiz seit 1815 bestand und nun noch selbstbewusstere Formen annehmen wollte: die eidgenössische demokratische Republik als neuen Bund (Bundesstaat statt Staatenbund).

Als die Tagsatzung mit ihrer neuen liberalen Mehrheit im Sommer 1847 die Ausweisung der Jesuiten und die Revision der Schweizer Verfassung in Richtung föderativen Bundesstaat durchsetzte und in der Folge die Gesandten der «Schutzvereinigung» (so nannte sich der Sonderbund selbst, bestehend aus den mehrheitlich katholischen Inner-

Fortsetzung auf Seite 7

Zur Biographie von Guillaume Henri Dufour

Ein naturwissenschaftlich-humanistisch gebildeter Offizier und tätiger Mitwirker der Republik Genf (Schweizer Kanton seit 1815)

- Geboren am 15. September 1787 in Konstanz als Sohn des Genfer Uhrmachers *Bénédict Dufour*.
- Verlebte seine Kindheit ab dem zweiten Lebensjahr in Genf, wo die Familie nach einem politisch motivierten Exil wieder sesshaft wird. Collège, dann Studium der Geisteswissenschaften und Physik an der Genfer Académie.
- 1807–1809 weiterführende Studien an der Ecole Polytechnique Paris.
- 1809–1810 militärwissenschaftliche Studien mit Schwerpunkt Geniearbeit in Metz.
- Von 1811–1817 Dienst als Offizier im Generalstab der französischen Armee, bis 1815 unter *Napoleon Bonaparte*.
- 1817–1850 Kantonsingenieur in Genf. Widersetzte sich der Schleifung der Genfer Stadtbefestigungen, weil er die Festung Genf als südwestlichen Grenzschutz für die Schweiz bewahren wollte. Gestaltete neben dem Bau von Brücken die Uferpromenade in den Quaianlagen. Parallel dazu unterrichtete Dufour an der Académie die Fächer Mathematik, Geometrie, Vermessungskunde und Hydraulik.
- Ab 1817 Integration als Hauptmann in das neue geschaffene Schweizer Bundesheer.
- 1819 Mitbegründer der heute noch bestehenden Militärschule Thun, unterrichtete dort die Génieabteilung und wurde Schulleiter. Zu seinen Schülern gehörte auch *Louis Bonaparte*, der nachmalige Kaiser *Napoleon III*, die beiden verband eine lebenslange Freundschaft. Autorschaft militärwissenschaftlicher Schriften, vor allem zum Festungsbau und zur militärischen Taktik.
- 1827 Beförderung zum Schweizer Oberst, dann Eintritt in den Schweizer Generalstab. Er hatte dort die Aufgabe, im Angriffsfall die Verteidigung der Schweiz zu organisieren.
- 1832 Beförderung zum Schweizerischen Generalstabschef (im Range des «Oberstquartiermeisters»).
- Leitete 1843 in dieser Eigenschaft einen Einsatz zur Beruhigung der ausufernden Konfrontationen zwischen Radikalen und Konservativen. Leitung der Triangulationsarbeiten und dann Ausarbeitung der ersten zuverlässigen Landeskarte der Schweiz im Massstab 1:100000 (die nachmalig nach ihm benannte «Dufour-Karte») bis zu ihrer Fertigstellung 1864.
- 1847 wird Dufour von der Tagsatzung zum Oberbefehlshaber der eidgenössischen Truppen im Range des Generals gegen den Sonderbund bestimmt. Er kennzeichnete die eidgenössischen Truppen mit einer Armbinde mit dem weissen Kreuz im roten Feld (die Truppen trugen damals noch kantonale Uniformen, die einander allerdings ähnelten), dem Emblem, das ab 1848 die offizielle eidgenössische Fahne bildete.
- 1856 Eidgenössischer Oberbefehlshaber beim Truppenaufgebot zur Verteidigung Neuenburgs gegen die angedrohte preussische Intervention.
- 1863 Mitbegründer des *Internationalen Komitees vom Roten Kreuz*, für das er sich bis an sein Lebensende einsetzte. Der Vorschlag, die Rotkreuz-Fahne quasi als Umkehrung der Schweizer Fahne zu gestalten (rotes Kreuz im weissen Feld) stammte von ihm.
- Neben diesen militärischen Aufgaben war Dufour auch politisch tätig, als Abgeordneter Genfs in der Tagsatzung, als Mitglied des Genfer Verfassungsrats, als Delegierter im städtischen und dann kantonalen Parlament, schliesslich als Ständerat des Kantons Genf.
- Dufour starb am 14. Juli 1875 in Genf im Alter von 87 Jahren. Sein ausdrucksstärkstes Portrait stammt von seiner Tochter *Anne Octavie L'Hardy-Dufour* (Öl auf Leinwand, 1840), einer angesehenen Künstlerin und Porträtistin.

* Der erste Teil dieses Beitrags ist erschienen unter dem Titel «Niklaus von Flüe verhindert einen drohenden Bürgerkrieg in der frühen Eidgenossenschaft» in: *Zeit-Fragen*, Nr. 26, v. 29. 11. 2022, S. 8

«Schweizergeist – gerade heute ...»

Fortsetzung von Seite 6

schweizer Kantonen Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug, Luzern, mit Fribourg und dem Wallis,) den Tagungsort Bern unter Protest verliessen, war der Bruch und damit der unvermeidliche Krieg beschlossene Sache. Beide Parteien rüsteten auf.

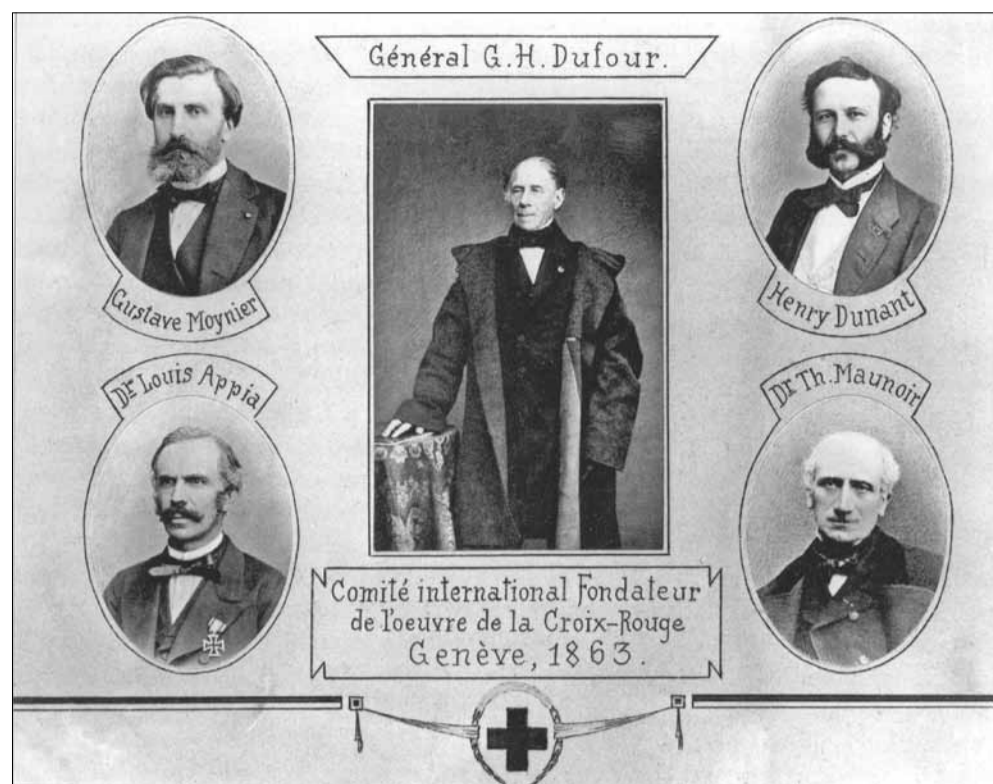
Es ging um mehr als einen Sieg

Am 21. Oktober 1847 wurde von der Mehrheits-Tagsatzung der Genfer Bürger und Soldat Guillaume Henri Dufour (1787–1875) zum General der Schweizer Bundestruppen gewählt. Bei diesem humanistisch gesinnten und gebildeten Zeitgenossen, der ursprünglich Arzt werden wollte, handelte es sich um eine schon damals bekannte und verdiente Persönlichkeit. Er diente als Spezialist in Logistik und Generalstabsoffizier unter Napoleon, war später Kantonsbaumeister in Genf, bahnbrechender Kartograph, Betreiber und Herausgeber der ersten zuverlässigen und nach ihm benannten Karte der Schweiz, Dozent und dann Direktor der ersten Zentralschule für Schweizer Offiziere in Thun (sie besteht heute noch), schliesslich Generalquartiermeister der Schweizer Armee (entspricht einem heutigen Generalstabschef). Die Wahl dieses bescheidenen, eher konservativ gesinnten Offiziers stiess manchem liberalen Hitzkopf sauer auf. Dahinter stand aber ein weitsichtiges eidgenössisches Konzept, das haargenau zum Charakter dieses verdienten Militärführers passte (siehe Kasten Biographie Dufour).

Sein Feldzug war kurz, entschlossen und zielführend. Schon die Strategie entsprach dem Willen des Generals, der alles daran setzte, dass der nicht zu vermeidende Feldzug schnell und mit grösstmöglicher Schonung des Gegners erfolgte.

«Am 4. November begannen die militärischen Operationen. [...] Dufour [...] setzte seine Truppen zunächst gegen das isolierte Freiburg ein, das bereits am 14. November kapitulierte. Dann wandte er sich mit der Masse der Armee gegen das Kernland des Sonderbundes, die Innerschweiz. Vom Freiamt aus erfolgte der Vorstoss nach Luzern. Nach einem heftigen Gefecht bei Gisikon [am 23. November 1847] brach die Verteidigung des Sonderbundes zusammen. Luzern wurde von den eidgenössischen Truppen besetzt. Die übrigen Urkantone gaben darauf den Kampf auf, zuletzt auch das Wallis am 29. November. Fünfundzwanzig Tage hatte der Krieg gedauert; es gab nur wenige Todesopfer.» (Cattani, S. 284)

Dufours Feldzug gegen den Sonderbund hatte damit insgesamt nicht einmal einen ganzen Monat gedauert. Seiner Losung entsprechend wurden die militärischen Ziele bei einer geringen Anzahl menschlicher Opfer und kriegerisch motivierter Zerstörungen mit der bedingungslosen Kapitulation des Son-



Das «Komitee der Fünf». (Bild ICRC)

derbunds und dessen Auflösung vollständig erreicht. Auch das Wichtigste für Dufour: die grösstmögliche Schonung nicht nur der Zivilbevölkerung, sondern auch der gegnerischen Truppen, denen vor dem Kampf weder Hass noch nach dem Sieg Rache und Erniedrigung zuteil werden durfte, sondern die ehrliche Einladung, nun bei der aufzubauen den modernen Schweiz mitzutun, zwar als Besiegte, aber weiterhin Geachtete. Gerade heute, wo selbst Schweizer in höchster politischer, wirtschaftlicher und medialer Position eifrig zum Hass gegen ein Land und dessen Führung aufrufen (aber nicht, wie es Dufour und die Kreise, die ihm sein schweres Amt anvertrauten, taten: zu Mässigung und Vernunft), kann dieser Unterschied nicht genug betont werden. Dufour ging es gerade nicht um Vernichtung des Gegners, sondern in erster Linie darum, ihm zu signalisieren, allerdings mit der *Ultima ratio* (der militärischen Intervention), dass er zu weit gegangen war: Für ihn musste schon die Art, wie seine Truppe das tat, Beweis dafür sein, dass es der neuzeitlichen Schweiz ernst damit war, den militärisch Besiegten zu ermutigen, sich am Wieder- und Neuaufbau einer durch diesen Konflikt reifer gewordenen Schweiz zu beteiligen. «Sein Ziel war es, das gespaltene Vaterland in einem raschen Feldzug ohne grosses Blutvergiessen wieder zu einigen und die miteinander hadernden Parteien zu versöhnen. Anlage und Durchführung der militärischen Operationen waren letztlich von politischen Überlegungen bestimmt. Indem der Kampf mit grösstmöglicher Schonung des Gegners geführt wurde, begann bereits im Krieg die Vorbereitung der kommenden Verständigung». (Cattani, S. 284, Hervorhebung P. K.)

Eine epochale Leistung

Das ist die einzigartige, die epochale Leistung dieses Oberbefehlshabers.

In der schon zitierten Schrift über herausragende Schweizer stellt der Volksbildner Fritz Wartenweiler den Schweizer General in ungewöhnlich lebendigen Formulierungen vor unser Auge. Es wird sich jeder, der von den historischen Fakten ausgeht, seiner abschliessenden Würdigung anschliessen können:

«Dieser Krieg hätte sich zu einer unabsehbaren Katastrophe auswachsen können. Ein Zusammenbruch wäre nicht etwa nur dann eingetreten, wenn der Sonderbund den Sieg davongetragen hätte, sondern ganz einfach dann, wenn ein anderer Mann die Führung der eidgenössischen Truppen übernommen und die Bataillone der Mehrheits-Kantone nicht mit jener sicheren Überlegenheit geleitet hätte, wie es Dufour gelang. Diese Gefahr lag ausserordentlich nahe.» (Wartenweiler, S. 59)

Die folgenden abschliessenden Ausschnitte aus den täglichen Appellen Dufours an seine Offiziere und Soldaten (seine sogenannten «Tagesbefehle», ausführlich zitiert bei Wartenweiler) machen seine Verdienste besonders deutlich. Würde ihre darin enthaltene Weitsicht nicht auch manchem heutigen Oberbefehlshaber gut anstehen, nicht nur einem schweizerischen Truppen?

Zu Beginn des Feldzuges, am 4. November 1847, gab Dufour folgende geltenden Weisungen an seine Offiziere:

«Es ist das Möglichste zu tun, um zwecklose Konflikte zu vermeiden. Die eidgenössischen Truppen sind auf das nachdrücklichste anzuhalten, dass sie sich mit Mässigung benehmen und nicht zu übler Behandlung hinreissen lassen [...] Um jeden Preis ist die Verletzung der katholischen Kirche und religiösen Anstalten zu verhindern. [...]

Wenn eine feindliche Truppe zurückgeschlagen wird, so sind ihre Verwundeten wie die eigenen zu pflegen und mit allen dem Unglück schuldigen Rücksichten zu behandeln.

[...] Die Gefangenen sind zu entwaffnen. Es darf ihnen aber kein Leid zugefügt, noch dürfen sie irgendwie beschimpft werden. [...] Nach dem Gefecht soll die Aufregung der Soldaten gezügelt, sollen die Besiegten geschont werden.» (Wartenweiler, S. 62)

Und im ersten Tagesbefehl zu Beginn der Operation, am 4. November 1847, richtete sich der General mit folgenden gewichtigen, echt zukunftsweisenden Worten an seine Truppe:

«Soldaten! Ihr müsst aus diesem Kampf nicht nur siegreich, sondern auf vorwurfsfrei hervorgehen; man muss von euch sagen können: Sie haben tapfer gekämpft, wo es not tat, aber sie haben sich menschlich und grossmütig gezeigt. Ich stelle also unter euern Schutz die Kinder, die Frauen, die Greise und die Diener der Religion. Wer die Hand an eine wehrlose Person legt, entehrt sich und schändet seine Fahne...» (Wartenweiler, S. 63)

General Dufour konnte die auch nach dem Sieg der eidgenössischen Truppen über die Dissidenten weiter noch scharfen bestehenden Gegensätze und Spannungen zwischen Konservativen und Radikalen zwar nicht beheben. Sie lagen tief und dauerten gerade in der Schweiz noch jahrzehntelang an. Aber er milderte sie und war durch sein Verhalten allen jenen ein Vorbild, welche das Proporzsystem bei der Wahl in den Nationalrat anstrebten. Dieses Verfahren kam erst 1919, nach der schweren Krise des Landesstreiks von 1918 (siehe Teil 3 dieses Beitrags) in die Verfassung und schuf mit die institutionellen Voraussetzungen dafür, dass die Wogen sich glätteten, auch bezüglich der zu Anfang des 20. Jahrhunderts besonders scharfen Gegensätze in der sozialen Frage.

Es wundert nicht, dass General Dufour, fast fünfundzwanzig Jahre später, sich aus dieser Haltung heraus auch für die Gründung des schweizerischen und internationalen Komitees vom Roten Kreuz einsetzte. Als ebenfalls ein Genfer, Henry Dunant, erschüttert und aufgewühlt von den selbst miterlebten Schrecken des italienischen Krieges, das internationale und schweizerische Komitee vom Roten Kreuz gründete und aufbaute, hat der schon betagte ehemalige Schweizer General diesen Aufbau unterstützt und sich daran aktiv und repräsentativ beteiligt. •

Literatur:

Cattani, Alfred. «Guillaume Henri Dufour». In: Jaeckle, Erwin und Stäubli, Eduard (Hrsg.). *Grosse Schweizer und Schweizerinnen. Erbe als Auftrag. Ein Beitrag zur 700 Jahr-Feier der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1291–1991*. Stäfa, Th. Gut & Co. Verlag 1990

Stadler, Peter. *Epochen der Schweizer Geschichte*. Zürich 2003

Wartenweiler, Fritz. *Führende Schweizer in schweren Krisenzeiten. Bruder Klaus, Escher von der Linth, General Dufour*. Erlenbach b. Zürich (Rotapfel Verlag), o. J.

Als Ergänzung zur dominierenden, von einem radikalen Liberalismus geprägten Sicht auf diesen Abschnitt der Schweizer Geschichte sehr lohnend: Roca, René. «Die Bedeutung des Katholizismus und der Katholisch-Konservativen für die Entwicklung einer demokratischen Kultur in der Schweiz». In: *Katholizismus und moderne Schweiz*. Basel 2016

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

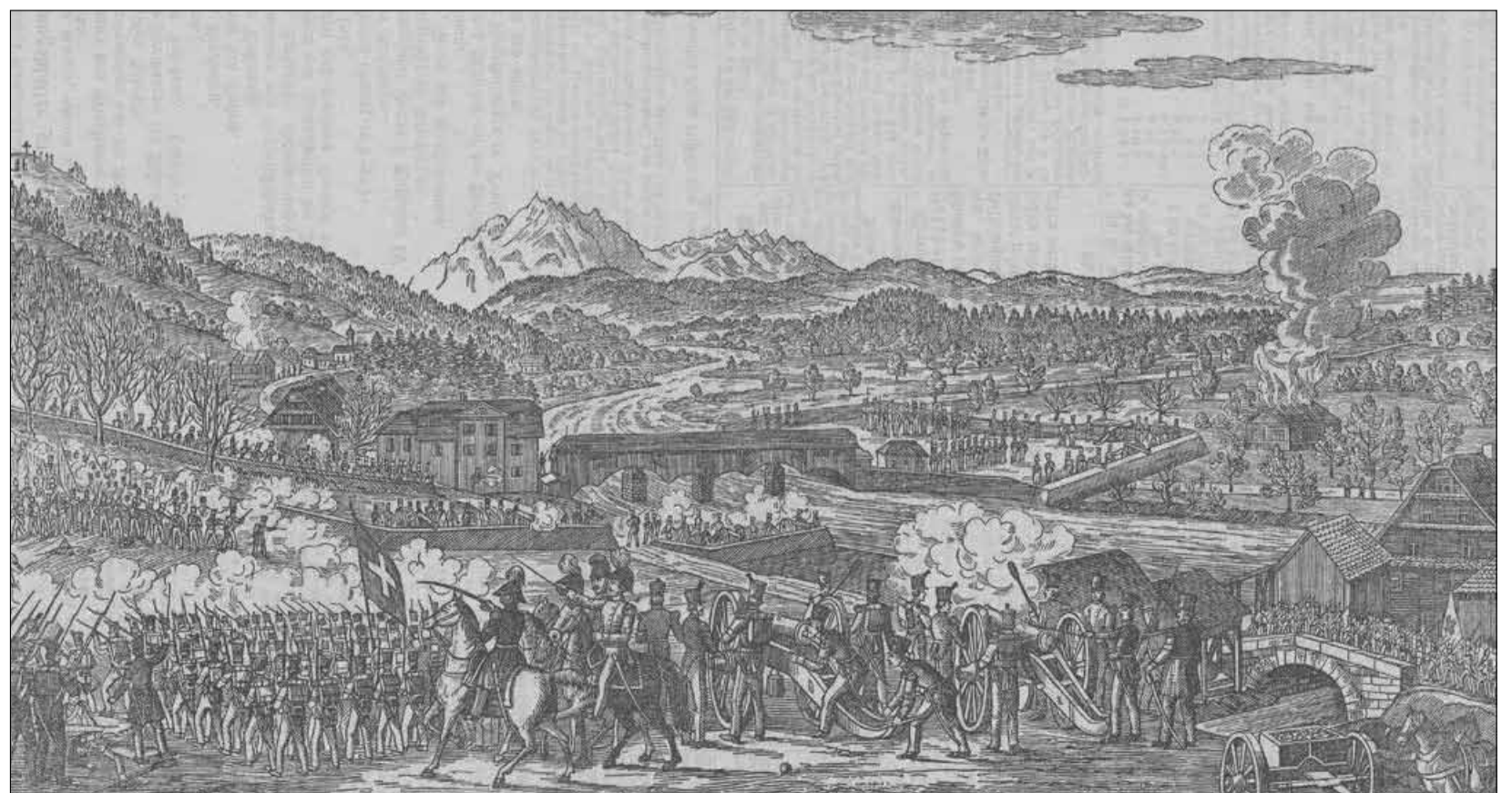
IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RLVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.



Zeitgenössische Darstellung des entscheidenden Gefechts von Gisikon vom 23. November 1847. Es führte einen Tag später zum beiderseitig anerkannten Gefechtsabbruch und damit zum Ende der eidgenössischen Intervention unter dem Befehl Dufours. (Bild Troxler, Walter, Hrsg. «So gestochen wie geschossen. Luzern und der Sonderbundkrieg in alten Darstellungen». Eschenbach (Eigenverlag) 2022, ISBN 978-3-033-09580-9, S. 88)

Volksschule – Bildungsort für direkte Demokratie und Kultur

Eine Aufgabe, die nach wie vor ansteht

von Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin

«In der Schweiz können die Menschen viel mehr mitbestimmen als bei uns zu Hause», stellte vor einigen Jahren Mario, ein ursprünglich aus Sizilien stammender Jugendlicher, fest, nachdem wir im Geschichtsunterricht auch über das politische System der Schweiz und die Mitbestimmungsmöglichkeiten diskutiert hatten. Er hielt damit kurz und bündig das Einmalige an der direkten Demokratie der Schweiz mit ihrem föderalen Aufbau und der subsidiären Aufgabenteilung fest: *die gemeinsame Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger als Grundlage eines gleichwertigen Zusammenlebens im Rahmen unseres Rechtsstaates*. Dazu gehört der Anspruch auf die Einhaltung der in der Verfassung verankerten Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, das allgemeine Stimm- und Wahlrecht, die Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit sowie das Recht auf Bildung.¹

Ob das wohl alle vom Volk gewählten Parlamentarier als Leitplanken ihres Handelns nach wie vor bei sich haben, fragte ich mich im stillen? Marios Feststellung zur direkten Demokratie machte mir einmal mehr bewusst, dass der Volksschule und mir als Lehrerin die wichtige Rolle zufiel, den Kindern die Wertschätzung des politischen Systems und des Landes, in dem sie lebten, zu vermitteln, denn es war in kleinen Schritten von vorangehenden Generationen geschaffen worden. Mario und auch die anderen Kinder sollten, da war ich mir sicher, die Schule mit einem Bildungsrucksack verlassen, in dem das Rüstzeug mündiger Staatsbürger reichlich vorhanden war. Dazu gehören nicht nur der sichere Umgang mit den Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch die menschliche Bildung, die es braucht, damit unsere direkte Demokratie lebendig bleiben und funktionieren kann: Sie braucht aktive Bürger, die ihre Rechte und Pflichten verantwortungsvoll wahrnehmen können.

Eine Aufgabe, die ansteht

In Vergessenheit geraten ist in den letzten Jahren nur allzu leicht, wieviel Aufbauarbeit verantwortungsbewusste, ehrliche und weit-sichtige Persönlichkeiten geleistet haben, um in unserem Land eine auf einer demokratischen Verfassung beruhende Volksschule zu schaffen – mit Bildungsinhalten, die auf die Gegebenheiten unseres Landes abgestimmt sind. Daran zu erinnern scheint mir heute um so wichtiger, da die Errungenschaften der Demokratie und der Volksbildung und die damit verbundene Aufgabe der Volksschule nur noch am Rande zu den an einem globalisierten Curriculum orientierten Ausbildungsinhalten von pädagogischen Hochschulen und den Lehrplänen der Volksschule gehören (siehe unten). Das ist ein schwerwiegender Vorgang, denn er unterminiert das Zusammenleben in unserer direkten Demokratie. Um das zu korrigieren, steht eine längst fällige Aufgabe an. Wer willens ist – historisch sorgfältig dokumentiertes Material würde zur Genüge zur Verfügung stehen!²

Direkte Demokratie ist keine Folklore

Was uns heute selbstverständlich scheint, ist Resultat fast zweihundertjähriger Bemühungen, allen Kindern den regelmässigen Schulbesuch und damit den Erwerb von Bildung zugänglich zu machen. Die Erkenntnis, dass sich ein Mensch ohne Bildung nicht seiner Natur gemäss entwickeln kann, war ein Resultat des Humanismus und der Aufklärung. Schon früh wurde deshalb die Bedeutung der Bildung für alle als Grundpfeiler eines demokratischen Staates erkannt. Die Begründer der demokratischen Verfassung der Schweiz richteten ihr Augenmerk auf den Aufbau einer Volksschule für alle, unabhängig von Geschlecht, Religion und sozialer Schicht; als Modell des Zusammenlebens in unserem Land. Demokratie und direkte Demokratie im speziellen, so ihre nach wie vor gültige Annahme (!), setzt einen gewissen Bildungsstand voraus, verbunden mit der Verwurzelung in der eigenen Kultur und den ihr eigenen Werten. Nur so können aktuell anstehende Fragestellungen in ihrer Tragweite erfasst, in einem grösseren Kontext



Die Volksschule hat die Aufgabe, den Horizont der Kinder zu erweitern, so dass sie sich mit ihrem Land und ihrer Kultur identifizieren und später mit dem nötigen Weitblick als aktive, mündige Bürger Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls treffen können. (Bild keystone)

durchgedacht und in Ruhe erörtert werden, so dass fundierte Antworten und Lösungsansätze resultieren. Und das ist die Aufgabe unserer Volksschule, denn solchermassen gebildete Menschen sind fähig, ihre politischen Rechte wahrzunehmen und am politischen Zeitgeschehen mitzuwirken.

Was uns also vorangehende Generationen als «Geschenk» (und Aufgabe!) hinterlassen haben, darf heute nicht zunehmend zu Folklore verkommen, die durch Geld, Macht und Manipulation bestimmt ist und wo sich die Menschen letztlich resigniert vom politischen Leben abwenden, weil «die da oben sowieso machen, was sie wollen». Vielleicht auch, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass aktuelle und frühere (Bildungs-) Politiker den Volkswillen mit Heerscharen von PR-Fachleuten und Spin-doctors zu steuern versuchen?

Aufbauend auf dem personalen Menschenbild

Die Entwicklung unserer Volksschule war eng verknüpft mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.³ Ein Rückblick auf deren bald zweihundertjährige Entstehungsgeschichte zeigt, dass die Bildungsziele mit dem weiteren Ausbau der Demokratie verbunden waren. Dazu kamen wissenschaftlich erhärtete Erkenntnisse aus Pädagogik und Psychologie, die laufend einbezogen wurden, um allfällige Fehlentwicklungen zu korrigieren. So war die Volksschule – entgegen anderslautenden Propagandafloskeln – stets am Puls der Zeit, bevor ohne sachliche Not eine Reformkaskade einsetzte, die unserer Volksschule eine Neuorientierung geben sollte. Zuvor war für diese lange Zeit positiver Entwicklung die Orientierung an humanistischen und sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen grundlegend, in Verbindung mit einem personalen Menschenbild, wonach der Mensch ein Beziehungswesen ist, ausgestattet mit einer sozialen Natur und fähig zu Vernunft und Ethik. (Erkenntnisse, die im übrigen durch neue, gut abgesicherte entwicklungspsychologische Forschungen bestätigt sind und dringend in die Ausbildungskonzepte angehender Lehrer einfließen sollten!⁴) Aus dieser Perspektive beginnt die Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes in seinen ersten Lebensstunden mit dem Aufbau vertrauensvoller Beziehungen und der seelischen Verankerung in seinem familiären Umfeld. In einem stetigen Prozess werden die Grundlagen für ein inneres Wertesystem gelegt. Diese Aufbauarbeit soll – wie in Bildungsartikeln verschiedener Kantone festgehalten – in der Schule fortgesetzt und wo nötig ergänzt werden. So können in ihrer Persönlichkeit sichere Kinder heranwachsen, die fähig sind, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, belastende Lebenssituationen zu meistern, die sich gerne engagieren und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen, wie es zur direkten Demokratie gehört.

Paradigmenwechsel auf leisen Sohlen

Die personale Auffassung des Kindes und die darauf aufbauenden methodischen Konzepte

wurden bis in die 1980er Jahre in den Ausbildungsstätten für angehende Lehrpersonen gelehrt und praktiziert. Mit einer solchermassen ausgerichteten didaktischen, pädagogischen und psychologischen Ausbildung erhielten die angehenden Berufsluete ein Werkzeug zur Gestaltung ihres pädagogischen Alltags. Es bildete das Fundament zur Erfüllung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags, der seinen Namen verdient und emotionale und intellektuelle Grundlagen für das Zusammenleben in der Demokratie einschliesst.

Auf leisen Sohlen erfolgte in den kommenden Jahren ein Paradigmenwechsel vom personalen Menschenbild hin zu einer biologistischen, mechanistischen Auffassung, die eine ganzheitliche Betrachtungsweise verneint und momentan vor allem durch neuro-wissenschaftliche Strömungen dominiert ist. Damit einher ging die Entwertung bisheriger Grundlagen der Pädagogik, die den aktuellen Modeströmungen nicht folgen.

Ideologische Verirrungen

Eingebettet war diese Entwicklung in gesellschaftliche Vorgänge, welche die Nationalstaaten und damit auch die Schweiz und ihre immerwährende, bewaffnete Neutralität ins Fadenkreuz nahmen. Sie erhielt Sukkors von der in der 68er Bewegung hängengebliebenen Kulturszene, die sich nicht entblödete, an der Weltausstellung 1991 mit dem Slogan «700 Jahre sind genug» die Berechtigung des schweizerischen direktdemokratischen Systems und der Schweiz als eigenständige Nation in Frage zu stellen. Sie hatten offensichtlich auch keine Hemmungen, sich bei ihrer Negierung der Schweiz mit dem neoliberalen Grosskapital zusammenzutun, welches sein Geld grenzenlos strömen lassen möchte ... und dazu auch nach den finanziellen Reserven der Schweiz trachtet.

Diese gesellschaftlichen Verirrungen (sie können hier nicht im Detail ausgeleuchtet werden) und Konzepte wirkten sich selbstverständlich auch auf die Ausbildungsinhalte der neu gegründeten Pädagogischen Hochschulen aus, denn viele Dozenten waren auf ihrem «Marsch durch die Institutionen» dort und an den Universitäten angekommen oder hatten einen Abstecher über den grossen Teich gemacht.

Die vor mehr als dreissig Jahren einsetzenden Reformen an unserer Schule geschahen vor diesem ideologischen Hintergrund gegen den Willen der allermeisten Lehrkräfte und gegen den Willen der Eltern. Pro memoria: Bis in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts – vor der Reformwelle – war den Schweizer Schulen im internationalen Vergleich stets eine sehr hohe Qualität attestiert worden. Schon vergessen? Die Volksschule sei gut im demokratischen System unseres Landes verankert, wurde ihr attestiert. Auch schon vergessen? Die seither neu erstellten Lehrpläne sind dagegen nicht nur methodisch, sondern auch inhaltlich von den oben beschriebenen politischen Zielsetzungen geprägt. So hat das Fach «Schweizer Geschichte» mitt-

lerweile seine Eigenständigkeit verloren und führt ein Mauerblümchendasein. Nach den Vorgaben des *Lehrplan 21* geht es für die Kinder in der Mittelstufe nicht mehr darum, die Geschichte unseres Landes (oder Gastlandes) kennenzulernen und sich mit dessen Werten zu identifizieren, sondern sie sollen «kompetent» werden «... Geschichte und Geschichten voneinander [zu] unterscheiden»⁵ (LP21) und dabei «die Absichten von Sagen und Mythen erklären (z. B. Sage von *Wilhelm Tell*)» oder «den Gebrauch von Sagen und Mythen in der aktuellen Gegenwart kritisch reflektieren und deren Verwendung in der politischen Diskussion erkennen». Mutet das nicht sehr kühl und emotionslos an? Wie soll da der Wunsch entstehen, sich mit Stolz für die Belange des eigenen Landes einzusetzen?

Zurück zu Mario

«In der Schweiz können die Menschen viel mehr mitbestimmen als bei uns zu Hause», hatte Mario gesagt. Ja, wenn wir das über Generationen Errungene erhalten und der heranwachsenden Generation weitergeben. Wenn wir selbst das feine Regelwerk der Demokratie schätzen, mit dem die Grundlagen gelegt werden zu einem gleichwertigen Zusammenleben der Menschen, die das Geschick unseres Landes «von unten her» aktiv mitgestalten können. Ein einzigartiges Modell weltweit! Dazu brauchen wir eine gebildete Jugend. Sie darf nicht um ihren Bildungsweg betrogen werden durch falsche Theorien und Ideologien, die den Einblick in die Geschichte unserer Kultur zum beliebigen Narrativ erklären. Denn es gibt keine global auswechselbaren Bildungsinhalte (auch wenn das für die Bildungskonzerne lukrativ wäre), sondern sie müssen abgestimmt sein auf die Gegebenheiten und Bedürfnisse des jeweiligen Landes – bei uns auf die politische Kultur der direkten Demokratie. Die Absichten, die zur Gründung der Volksschule geführt haben, sind deshalb nach wie vor aktuell. Das müssen wir, wie jede vorangegangene Generation, erneut durchdenken und entscheiden, wie unser Bildungssystem ausgestaltet sein soll. Dazu gehört, sich Demokratie als Lebenshaltung zu eigen zu machen.

Was sollten wir sonst Mario sagen? •

¹ vgl. Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis VPM (Hrsg.). (1995). *Erziehung zum mündigen Mitbürger. Die Bedeutung der Schule für die Demokratie*. Zürich, Verlag Menschenkenntnis. S. 9

² Zum Beispiel: Erziehungsrat des Kantons Zürich. (Hrsg.). (1933). *Volksschule und Lehrerbildung 1832–1932. Festschrift zur Jahrhundertfeier*. Zürich: Verlag der Erziehungsdirektion oder auch: Tagungsbände Forschungsinstitut direkte Demokratie, René Roca. www.fidd.ch

³ Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis VPM (Hrsg.). (1995). *Erziehung zum mündigen Mitbürger. Die Bedeutung der Schule für die Demokratie*. Zürich, Verlag Menschenkenntnis

⁴ vgl. Kissling, Beat. (2022). *Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert? Eine kritische Auseinandersetzung*. Bern: Hogrefe. S. 109–162

⁵ *Lehrplan Volksschule des Kantons Zürich, NMG 9.4.* <https://zh.lehrplan.ch/index.php?code=a161191014>

Erziehung
zum mündigen
Mitbürger

Die Bedeutung der Schule
für die Demokratie

ISBN 3-906989-49-6
Erhältlich bei Zeit-Fragen.